

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Nr. 210.

Magdeburg, Mittwoch den 9. September 1903.

14. Jahrgang.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Wochentage Die Neue Welt): Hans Maxfeld, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Ernsthard Hermann, Magdeburg. Druck von Franz Betsch, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 29, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 3, Fernsprecher 951.

Bezahnerzahl: zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangiergeld) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis für den Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.80 Mk. Zu der Expedition und den Ausgabenstellen verschiedne Nummern 10 Pf. — Inlandsendung die Postgebühren verteilte 15 Pf. Post-Remittenz Dr. 812

Noch nicht genug Majestäts-beleidigungs-Prozesse!

Majestätsbeleidigungen und kein Ende! In der gesamten gestitteten Welt schüttelt man seit Jahren den Kopf ob des Uebermaßes an Majestätsbeleidigungs-Prozessen, die in Deutschland an der Tagesordnung sind. Der preussische Justizminister freilich ist der Ansicht, daß noch lange nicht genug Leute wegen Majestätsbeleidigung angeklagt werden. Der preussische Justizminister meint, daß die unheimlich große Zahl von Majestätsbeleidigungs-Prozessen noch nicht einmal ausreicht, um das Ansehen der Monarchie hinreichend zu stärken. Unser Frankfurter Parteiblatt berichtet:

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist vom Justizminister an sämtliche Staatsanwälte eine Verfügung ergangen, in der dazu aufgefordert wird, die sozialdemokratische Parteipresse **genauer als das bisher der Fall war** zu studieren und mit **rücksichtsloser Schärfe** jeden Fall zu verfolgen, der nur einigermaßen Aussicht bietet, gegen das betreffende Blatt einen Majestätsbeleidigungsprozeß anzustrengen.

Alle in den sozialdemokratischen Tageszeitungen und Zeitschriften enthaltenen Artikel, welche sich mit der Person des Kaisers oder den einzelnen Landesherren befassen, sollen einer eingehenden Prüfung nach der Richtung hin unterzogen werden, ob aus denselben eine Beleidigungsabsicht der Form, dem Inhalte oder den begleitenden Umständen nach zu erkennen ist. Bejahenden Falles soll dann, selbst wenn es sich nur um **versteckte Angriffe** gegen die Person des Monarchen handelt, die **Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben**, insbesondere auch, **ohne auf eine Prüfung von Fall zu Fall einzugehen**, ob Fluchwortschuld begründet ist, die **Untersuchungshaft** gegen den Beschuldigten bei dem **Prozesse** beantragt werden.

In der öffentlichen Meinung ist man darüber einig, daß wenige Dinge in so hohem Maße dazu beigetragen haben, das sogenannte „monarchische Gefühl“ auszurotten, wie die Unmenge von Majestätsbeleidigungsprozessen. Jede Verurteilung wegen Majestätsbeleidigung trägt dazu bei, die Unabhängigkeit weiter Volkskreise an die nach Meinung des Justizministers leicht beleidigten Träger der Krone zu erschüttern. Man erkundige sich nur einmal bei Ausländern, etwa bei Engländern, wie man außerhalb der deutschen Grenzpfähle über die Majestätsbeleidigungsprozesse in Deutschland denkt. Immer, wenn der Draht meldet, daß in Deutschland wieder einmal jemand wegen Majestätsbeleidigung verurteilt ist, pflügt sich in allen Klassen der Bevölkerung des Auslandes eine unbändige Heiterkeit geltend zu machen; auch in den von einer internationalen vornehmen Gesellschaft besuchten Badeorten in unserm Vaterlande pflügt die große Zahl von Majestätsbeleidigungsprozessen in Deutschland bei den Ausländern ein Gesprächsthema zu bilden, welches eine Quelle des Amüsemens bildet. Wie denkt man da wohl nicht erst in der Arbeiterklasse über derartige Vorgänge? Wären nicht die Opfer des Majestätsbeleidigungsapparates zu bedauern, so könnte man wirklich nur lachen, lachen nicht nur über ein Volk, welches sich derartige Gesetze gefallen läßt, sondern noch mehr lachen über eine herrschende Klasse, welche die Selbsterhöhung der halb absolutistischen Staatsordnung nicht einmal herausführt, jene Selbstironie des monarchischen Staates, welche in der Anhängigmachung von Majestätsbeleidigungsprozessen liegt.

Wenn der Kaiser, so sagen sich die naiven Beobachter der Majestätsbeleidigungsprozesse, sich nicht über Beleidigungen erheben fühlt, so widerspricht das unzweifelhaft denjenigen Vorstellungen, welche die Vertreter der Romantik des Kaiser- und Königtums zu erwecken pflegen. Wenn aber, wie natürlich von allen loyalen Untertanen angenommen wird, der Kaiser, infolge seiner ungewöhnlichen Machtvollkommenheit und eines von ihm erst neulich erwähnten Glaubens an seine Verantwortung für 58 Millionen Deutsche keineswegs das Gefühl der Kränkung über irgendwelche Redewendungen seiner Beurteiler hat, dann tut der Justizminister sehr unrecht, wenn er als vom Monarchen berufener Sachwalter der Gerichtsbarkeit trotzdem durch die Vermehrung der Majestätsbeleidigungsprozesse die Anschauung erweckt, als wenn die Befolgung antimonarchischer Rundgebungen sehr genehm ist und als wenn dem Kaiser die Bestrafung der Majestätsbeleidiger keineswegs unsympathisch ist.

Wenn jetzt sogar „versteckte Angriffe“ auf den Kaiser verfolgt werden sollen, so wird der dolus eventualis immer ungeheuerlicher Anwendung finden. Kann nicht von phantasierenden Staatsanwälten selbst die unschuldigste Bemerkung für einen „versteckten“ Angriff auf Wilhelm 2. gehalten werden? Kann nicht jemand, der zwischen den Zeilen lesen will, sehr leicht dazu gelangen, statt richtig auszuliegen, ganz falsche Motive jemand unterzuschreiben?

Abgesehen aber von diesen prinzipiellen Bedenken gegen die vom Justizminister erstrebte Häufung der Majestätsbeleidigungsprozesse müssen wir uns ganz entschieden gegen eine Kabinettsjustiz wenden, welche ohne verständigen und im Gesetz begründeten Anlaß Untersuchungshaft anordnet. Ein wegen Majestätsbeleidigung angeklagter Redakteur darf nur verhaftet werden, wenn nicht nur dringende Verdachtsgründe gegen ihn vorhanden sind, sondern wenn er auch der Flucht verdächtig ist, oder wenn Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß er Spuren der Tat vernichten, oder daß er Zeugen oder Mitgeschuldige zu einer falschen Aussage oder Zeugen dazu verleiten werde, sich der Zeugnispflicht zu entziehen. Es ist von vornherein selbstverständlich, daß alle diese Verhaftungsgründe bei sozialdemokratischen Redakteuren ausgeschlossen sind. Seit Aufhebung des Sozialistengesetzes ist es nie vorgekommen, daß ein sozialdemokratischer Presskämpfer sich der Bestrafung durch die Flucht entzogen hat; die Spuren eines Zeitungsartikels lassen sich nicht verwischen; ebensowenig kann es zur Feststellung der in sozialdemokratischen Blättern verübten angeblichen „Majestätsbeleidigungen“ auf die Aussagen irgendwelcher Zeugen oder Mitgeschuldigen ankommen, sobald die Persönlichkeit des verantwortlichen Redakteurs festliegt.

Wir fragen daher entrüstet, mit welchem Recht der Justizminister Anweisungen gibt, welche dem § 112 der Strafprozessordnung zuwiderlaufen, in welcher die für die Verhängung einer Untersuchungshaft zulässigen Gründe angegeben sind! Schon hat die von unserm Frankfurter Parteiblatt mitgeteilte Kabinettsorder das Unheil angerichtet, daß Genosse Leid ohne gesetzlich zulässigen Grund 14 Tage hinter Schloß und Riegel zubringen mußte; leider hat die preussische Justizverwaltung die Nachahmung der sächsischen gefunden. Wegen einer fünfzähligen Nachricht, in welcher der Kaiser überhaupt nicht genannt wurde, wurden drei Redakteure und ein — — — — — verhaftet.

Wenn in der Weise, welche der Justizminister vorschlägt, vorgegangen wird, dann werden vielleicht einzelne Personen darunter leiden; die Sozialdemokratie wird dadurch gefördert. Jeder Majestätsbeleidigungsprozeß ist ein Nagel zum Sarge der Monarchie. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 8. September 1903.

Eine Wahlstatistik.

Der „Vorwärts“ schreibt: Eine vergleichende Uebersicht der Reichstagswahlen 1898 und 1903 ist schon vom kaiserlichen Statistischen Amt als Sonderabdruck aus den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches herausgegeben worden. Sie gibt für sämtliche Wahlkreise eine Vergleichung der Ergebnisse der Hauptwahlen und Stichwahlen für 1898 und 1903; Bevölkerung, Zahl der Wahlberechtigten, die Zahl der Abstimmenden, die Zahl der Wahlfaulen, die Zahl der gültigen Stimmen und die für jede Partei abgegebenen Stimmen. In allen Fällen sind den absoluten Zahlen die Verhältniszahlen beigegeben.

Eine zweite Tabelle wiederholt diese Angaben zusammengefaßt für preussische und bayrische Regierungsbezirke und Bundesstaaten. Für das ganze Reich lauten die Angaben:

	1898	1903
Bevölkerung	52 279 901	56 367 178
Wahlberechtigte	11 441 004	12 531 243
Abgestimmt haben	7 786 714 = 68,1 Proz.	9 533 794 = 76,1 Proz.
Nicht abgestimmt haben	3 654 390 = 31,9	2 997 454 = 23,9
Gültige Stimmen	7 752 693	9 495 587
Davon erhielten		
Sozialdemokraten	2 107 076 = 27,2	3 010 771 = 31,7
Zentrum	1 455 159 = 18,8	1 875 292 = 19,7
Nationalliberale	971 302 = 12,5	1 313 051 = 13,8
Konservative	859 222 = 11,1	948 448 = 10,0
Reichspartei	343 642 = 4,4	333 404 = 3,5
Freisinnige Volkspartei	538 314 = 7,2	542 556 = 5,7
Freisinnige Vereinig.	195 682 = 2,5	243 230 = 2,6
Deutsche Volkspartei	108 528 = 1,4	91 217 = 1,0
Polen	244 123 = 3,1	347 784 = 3,7
Antijemiten	284 350 = 3,7	244 543 = 2,6
Bund der Landwirte	110 389 = 1,4	118 759 = 1,2
Bauernbund	140 304 = 1,8	111 375 = 1,2
Andr. Parteien *)	268 234 = 3,5	248 024 = 2,6
Unbestimmt	92 637 = 1,2	55 249 = 0,6
Zersplittert	13 846 = 0,2	11 884 = 0,1

Vom Streikpostenstehen.

Das Streikpostenstehen ist zwar nicht verboten, aber es ist auch nicht erlaubt. Das Koalitionsrecht besteht; aber

*) Zentrum, Reichspartei (nur 1898), Nationalsozialisten, Polen, Welfen, Hessische Reichspartei (nur 1898), Hessische Volkspartei (nur 1898), Mecklenburgische Reichspartei und Elsaß-Lotharinger.

es zu benutzen ist strafbar. Folgender Bericht geht uns von unserm Berliner w-Korrespondent zu:

Vier Metallarbeiter (Ulbrecht und Genossen) waren in zweiter Instanz vom Landgericht Berlin wegen Uebertretung der Charlottenburger Straßenpolizeiverordnung zu Geldstrafen von je 10 Mark verurteilt worden, weil sie anlässlich des Streiks in der Bremerischen Eisengießerei, als sie Streikposten standen, einer „zur Erhaltung der Sicherheit, Ruhe und Ordnung auf der Straße ergangenen“ polizeilichen Aufforderung zum Begleichen nicht gefolgt seien. Durch das Streikpostenstehen sollten sie nach staatsanwaltlicher Weisheit auch groben Unfug verübt haben; von dieser Anklage sprach das Landgericht sie aber frei.

Die Angeklagten legten Revision ein, welche Rechtsanwältin Goldberg als Substitut des Rechtsanwalts Heinemann vor dem Ferienstrafsenat des Kammergerichts verttrat. Er verwies auf das Urteil des Kammergerichts, wonach der Richter nachzuprüfen habe, ob eine derartige Aufforderung zum Begleichen, wie die vorliegende, auch objektiv den Zweck verfolgte, die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu erhalten, gleichgültig, ob letztere wirklich gefährdet gewesen seien. Dies habe der Vorberichter nicht beachtet. Streitigkeiten zwischen Streikposten und Arbeitswilligen seien zu jener Zeit gar nicht vorgekommen gewesen. Der Vorberichter sage in seinem Urteil, es bleibe bei Streiks „gewöhnlich“ nicht bei ruhigen Besprechungen von Streikposten und Arbeitswilligen, sondern komme zu Heiberien usw. Eine solche allgemeine Befürchtung könne doch aber unmöglich die Begleichen der Streikposten rechtfertigen. Das einzige tatsächliche Moment, worauf sich das Landgericht berufen könne, sei die Mitteilung, es wäre beim 88. Polizeirevier die Meldung eingegangen, ein Arbeitswilliger sei geschlagen worden. Ganz allgemein spreche das Landgericht noch von großstädtischen Elementen, die selbst wenn ganz unbeteiligt, bei jeder Gelegenheit zu Hänfeleien usw. bereit seien. Mit solchen Erwägungen lasse sich doch nichts machen. Die Vorentscheidung verlege auch den § 162 der Gewerbeordnung, sie vernichte das Koalitionsrecht. Gegen das erwähnte Urteil des Kammergerichts verstoße das Landgericht auch, indem es ablehnte, zu prüfen, ob die Aufforderung des Schlagsmanns notwendig gewesen sei, nachdem es aus jenen allgemeinen Erwägungen eine Gefährdung der Sicherheit und Ruhe angenommen hatte. Die allgemeine Wegweisung aus dem Streikgebiet könnte bei Zwiderhandlungen ebenfalls eine Strafbarkeit nicht nach sich ziehen.

Wie § 162 der Gewerbeordnung verletzt sein solle, wäre nach seinem Wortlaut nicht einzusehen; er hebe doch nur die früheren Koalitionsverbote auf. Gegen das Recht, sich zwecks Erzielung günstiger Arbeitsbedingungen zusammenzutun, richte sich doch das polizeiliche Vorgehen in diesem Falle gar nicht. Was nun die Aufforderung selber angehe, so stelle der erste Richter fest, daß die Leute sich „aus der Nähe der Fabrik“ entfernen sollten. Diese Aufforderung sei bestimmt genug. Auch habe das Landgericht genügend das objektive Vorliegen einer „Gefährdung“ festgestellt, wenn es sage, aus dem 88. Polizeirevier sei die Nachricht eingelaufen, daß ein Arbeitswilliger geschlagen worden sei. Mit dieser richterlichen Feststellung sei aber die Voraussetzung für das Einschreiten des Beamten ohne weiteres gegeben gewesen.

Also weil angeblich irgendwo ein Streikbrecher geschlagen worden sein soll, gefährdet das Streikpostenstehen überhaupt die Sicherheit. — Juristenlogik! —

Der Marineprozeß gegen den „Avanti“

der mit großer Spannung erwartet wurde, hat, wie der Telegraph aus Rom bereits gemeldet, einen ebenso raschen als unerwarteten Abschluß gefunden: Die 35 Mäler — Marineoffiziere und Beamte von Spezia — wurden bekanntlich vom Gericht mit ihrer Klage abgewiesen, weil die Artikel des „Avanti“ weder ihre noch die Namen anderer Personen genannt, sondern von einem „System der Korruption“ gesprochen habe. Die 35 haben keine Autorisation gehabt, die gesamte Marine zu vertreten; sie wurden daher kostenpflichtig abgewiesen.

Für Ferris und den „Avanti“ ist dieser Ausgang des Prozesses, obwohl er juristisch korrekt sein mag und prinzipiell der Presse jedenfalls willkommen sein muß, nicht wünschenswert, denn er wollte und konnte die Beweise seiner Behauptungen führen. Dagegen ist wohl anzunehmen, daß die Regierung „Furcht vor dem Prozeße“ hatte, wie der Mailänder „Secolo“ schreibt. Waren doch in den Artikeln Ferris der Marineverwaltung und den Marineoffizieren Beschuldigungen ganz ungeheuerlicher Art gemacht. Die Zuschüßten, die zum großen Teil in ihrem Wortlaut veröffentlicht worden sind, kamen meist aus den Kreisen der Marine selbst. In der einen wurde u. a. die Behauptung aufgestellt, daß in Spezia sämtliche Marineoldaten jährlich für mehrere Wochen beurlaubt würden. In dieser Zeit erhielten sie keinen Sold, dienen — so wurde behauptet — fedten die Kommandanten in ihre Tasche. Welche Summen hier in Betracht kommen, kann man ermessen, wenn man erfährt, daß es sich um Tausende von Soldaten handelt.

Welch ungeheure Bedeutung man in der Öffentlichkeit dem Prozeß wider den „Avanti“ beimag, geht allein schon aus folgenden Neußerlichkeiten hervor: Den zwei Angeklagten, Ferris und dem Direktor des „Avanti“, hatten sich nicht weniger denn 13 Rechtsanwälte zur Verteidigung zur Verfügung gestellt. Ferner waren, um durch persönliche An-

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

14. Oktober 1902 bis 30. April 1903.

Die Krankenversicherungsnovelle.

Gegen Schluß der Session ging dem Reichstag eine Krankenversicherungsnovelle zu. Der Gang der Krankenversicherungsgesetzgebung weist dieselben Wege wie die der gesamten sogenannten Sozialreform. Aus Furcht vor der Sozialdemokratie und aus wachsender Ueberzeugung, daß ohne ein Entgegenkommen die geistige und körperliche Leistungsfähigkeit der Arbeiterklasse erheblich auch zum Schaden der Gesamtheit beeinträchtigt würde, entschloß man sich, wenn auch widerwillig, eine Fürsorgepflicht der Gesamtheit anzuerkennen. Gelangt man zur geschichtlichen Gestaltung dieses Anerkennnisses, so scheint man vor ganzer Arbeit zurück, bezeichnet dringliche, leicht ausführbare Forderungen als unerfüllbar und sucht gar in das Gesetz Vorschriften hineinzuübigen, welche die wirtschaftliche und politische Vormachtigkeit der Arbeiter garantieren sollen. Bei Gestaltung der Krankenkassenorganisationen stehen sich — wie in der gesamten Gesetzgebung — zwei Nationen, zwischen denen kein Verkehr und keine Sympathie besteht, in ihren Zielen schroff gegenüber. Auf der einen Seite die Nation der Arbeiter, die für Verbesserung der Gesundheitspflege, für Vorbeugung gegen Krankheiten, für möglichst rasche und ausgiebige Fürsorge in Krankheitsfällen und in den dadurch verursachten Fällen der Erwerbsunfähigkeit, für Zentralisierung der Krankenkassenorganisationen, für Erhaltung und Ausbau der Selbstverwaltung, für das Recht aller Mitglieder des Staates eintritt, Schutz zur Erhaltung seiner Gesundheit und Arbeitskraft zu verlangen — auf der andern Seite die Nation der Privilegierten, die unter dem Deckmantel einer Fürsorge für die arbeitende Klasse Abwälzung der Lasten der öffentlichen Armenpflege auf die Arbeiterklasse, Begrenzung der Fürsorge zum Schutz gegen Gesundheit auf die Leistungen einzelner Arbeiterverbände, Atomisierung der Organisationen, Zerstörung der Selbstverwaltung und Verwaltungen durch bürokratisch behaltene Verwaltungsämter für Militärärzte und Kommissare der Bourgeoisie anstrebt.

Die regierungsseitigen Vorbereitungen zur Krankenkassen-novelle wurden durch jenes bekannte Zirkular des preussischen Ministers des Innern vom Mai 1900 an die Regierungspräsidenten eingeleitet, das am 10. Juni 1900 im „Vorwärts“ veröffentlicht wurde und vollständig in dem im Jahre 1900 seitens des Parteivorstandes erlassenen Bericht Aufnahme gefunden hat (Protokoll über die Verhandlungen des Mainzer Parteitages, S. 12, 13). Das Ziel der Gestaltung des Krankenversicherungsgesetzes offenbarte die kurz darauf im „Preussischen Verwaltungsblatt“ veröffentlichte Auffassung des Geheimen Regierungsrats Dr. Hoffmann. Sie gipfelte in der Forderung einer Angliederung der Kassenverwaltung an die Gemeindeverwaltungen unter Aufhebung der Selbstverwaltung der Kassenorgane. Der Staatssekretär Dr. Graf von Posadowski erklärte zwar in der Reichstags-Sitzung vom 14. Januar 1901, daß diese Publikation des preussischen Geheimrats „eine reine Privatmeinung“ sei, die „keinen Einfluß haben kann und haben wird auf das, was die verbündeten Regierungen in dieser Beziehung beschließen“. Tatsächlich hätte aber die Krankenkassen-novelle eine ganz erhebliche Etappe auf dem Wege zur Erreichung des mit den Tendenzen des Verbandes der Industriellen übereinstimmenden Hoffmannschen Zieles gebildet, wenn sie vollständig zum Gesetz geworden wäre.

Die Fraktion mußte mit Rücksicht auf den nahen Schluß der Session von einem Versuch einer organischen, umfassenden Umgestaltung der Krankenkassenorganisation absehen. Sie strebte eine Befreiung der gegen die Selbstverwaltung gerichteten Angriffe, größeren Schutz der Selbstverwaltung und eine wirkliche Erfüllung der von der Novelle als dringend anerkannten Forderungen an.

Von den drei als spruchreif und dringlich in der Vorlage anerkannten Forderungen erfüllte die Vorlage lediglich den der Befreiung einer ausnahmsrechtlichen Behandlung der Geschlechtskrankenheiten.

Der in den Motiven der Vorlage als dringlich bezeichnete Zweck, die Ausdehnung einer Wöchnerinnenunterstützung von 4 auf

6 Wochen, ist durch die Vorlage nicht voll erfüllt. Zurzeit besteht eine obligatorische Unterstützungspflicht nur in Höhe von 4 Wochen. Diese kann fakultativ auf 6 Wochen ausgedehnt werden. Die sechsmonatliche Unterstützung als Obligatorium ist von der Fraktion bereits im Jahre 1882, und seitdem wiederholt beantragt. Die Motive der Novelle anerkennen nunmehr, daß diese Forderung „nicht nur vielfach geäußerten Wünschen, sondern auch einem hygienischen Bedürfnis entspricht“. Um so mehr fiel es auf, daß die Vorlage die Gemeindeversicherung von jeder Verpflichtung einer Wöchnerinnenunterstützung auch fernerhin frei ließ.

Uebrigens haben die Gemeinde-Krankenversicherungen weit weniger zu leisten als alle anderen Kassen: sie zahlen weder Sterbegeld noch Wöchnerinnenunterstützung und zahlen ein noch geringeres Krankengeld als alle anderen Kassen. Die sozialdemokratischen Anträge, ihre Leistungen denen der andern Kassen gleichzustellen, wurden von der Mehrheit des Reichstages abgelehnt. Von sämtlichen Gemeinde-Krankenversicherungen hatten nach der Reichstagsstatistik eine — sprich eine — Wöchnerinnenunterstützung gezahlt, während rund eine halbe Million weibliche Mitglieder dieser Art der Versicherungsorganisation angehörten.

Eine Erweiterung des Schutzes für Schwangere und Wöchnerinnen wurde in der Kommission und im Plenum noch nach anderer Richtung hin von der Fraktion angestrebt. Freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden, freie Gewährung der erforderlichen Hebammendienste und die Einführung einer sechsmonatlichen Unterstüzung auch vor der Entbindung wurden deshalb als obligatorische Verpflichtung der Kassen verlangt. In der Kommission wurde allseitig erklärt, daß der Grundgedanke dieser Anträge sehr sympathisch sei, aber er würde zu viel Lasten verursachen. Der Inhalt der Forderungen wurde als fakultative Verpflichtung der Kassen angenommen. Ein nochmaliger Versuch im Plenum, diese in eine obligatorische Verpflichtung umzuwandeln, schlug fehl.

Ausfüllung der Lücke zwischen der 13. und 26. Woche. Als im Jahre 1882 das Krankenkassengesetz gestaltet wurde, beantragte die sozialdemokratische Fraktion freie ärztliche Behandlung und Krankengeld vom Eintritt der Krankheit an für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit. Das Gesetz führte die Karenzzeit für die ersten drei Tage der Krankheit und eine nur dreizehnwöchentliche Verpflichtung ein: durch Statut sollte der Zeitraum auf ein Jahr erstreckt werden können. Als die Novelle 1892 beraten wurde, beantragte die sozialdemokratische Fraktion, die Unterstüzungsdauer auf ein Jahr auszudehnen. Ihre Anträge wurden unter dem Hinweis abgelehnt, daß der Anschluß an die Krankenunterstützung in einer Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz herbeizuführen sei. Als dann die Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz im Jahre 1899 beraten wurde, wurde der Antrag, die Renie für vorübergehende Erwerbsunfähigkeit vom Ablauf der 13. Krankheitswoche ab eintreten zu lassen, abgelehnt. Der Reichstag entschied sich aber zu folgender Resolution: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz vorzulegen, durch welche in dessen § 6 Absatz 2 die Worte „mit Ablauf der 13. Woche“ durch die Worte „mit dem Ablauf der 26. Woche“ ersetzt und die entsprechenden Veränderungen der damit zusammenhängenden Bestimmungen herbeigeführt würden“. Diese Forderung verheißt die Vorlage zu erfüllen. Aber auch hier leistet die Vorlage nur halbe Arbeit. Sie läßt nach vielen Richtungen hin die Lücke offen, die zwischen der Kranken- und der Invalidenversicherung besteht.

In erster Reihe verlangte die Fraktion die Uebereinstimmung des von der Vorlage betroffenen Personenkreises mit dem durch die Invalidenversicherung ergriffenen Kreise von Personen. Es fehlt vor allem eine reichsweite Krankenversicherung der ländlichen Arbeiter, des Gesindes, der Heimarbeiter, der Handlungsgehilfen und der Seeleute. Die in der Kommission und im Plenum unternommenen Versuche, diese Lücke auszufüllen, wurden mit Ausnahme des Antrags, alle Handlungsgehilfen in die Krankenversicherung einzubeziehen, abgelehnt.

Durch den Mangel der Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle der Invalidenversicherung unterstehenden Arbeiter hält die Krankenkassen-novelle gerade für die schlechtest gestellten Arbeiter an einer 26wöchentlichen Lücke fest.

Über auch für die der Krankenversicherung unterworfenen Arbeiter führt die Novelle eine lückenlose Angliederung an die In-

validenversicherung nicht ein. Und auch hier lehnte der Reichstag die auf Ausfüllung dieser Lücke gerichteten Anträge ab. Durch die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages ist leider die Möglichkeit gegeben, für eine sehr große Zahl der Krankenversicherung unterworfenen Fälle die Angliederung an die Invalidenversicherung auszuschließen.

Auch in den Fällen, für die allein die Novelle wenigstens eine formelle Angliederung der Kranken- an die Invalidenversicherung schafft, tritt oft eine wirkliche Angliederung nicht ein, weil infolge der Beibehaltung des geringfügigen Krankengeldes gerade in den Kassen, die heute nur 13 Wochen lang Unterstüzung zahlen, der Kranke naturgemäß, sobald er nur einigermaßen kriechen kann, Gesundheit simulieren und den Arzt bestürmen wird, ihn gesund zu schreiben.

Der Halbheit auf dem Gebiete einer Verbesserung der Lage der Erkrankten stand in der Vorlage und noch mehr in den Kommissionsbeschlüssen ganze Arbeit auf den Gebieten gegenüber, die eine Mehrbelastung und eine Entziehung der Arbeiter bezweckten. Diesen Zweck zu bereiteln ist der Fraktion teilweise gelungen.

Nicht ohne Erfolg waren auch die sozialdemokratischen Bemühungen, die von der Vorlage vorgeschlagenen und von der Kommission noch vermehrten Beschränkungen der Selbstverwaltung abzuwehren. Es klingt wie ein netter Zufall, daß bereits die Kommission unter der Wucht des von sozialdemokratischer Seite vorgeschlagenen Tatsachenmaterials sich veranlaßt fühlte, zum Schutz gegen die häufigen Uebergriffe seitens einzelner Aufsichtsbehörden den Kassenvorständen das Verwaltungsstreitverfahren einzuräumen. Es dokumentiert diese Zustimmung zu dem von sozialdemokratischer Seite angeregten Schutz der Selbstverwaltungsorgane einen Mangel der Einsicht, daß die Selbstverwaltung im kulturellen, erzieherischen und politischen Interesse dringend erforderlich ist und daß das Gebiet der sozialen Arbeiterversicherung der lebendigen Mitwirkung der Arbeiter besonders bedarf. Die Vorlage zielt darauf ab, der Selbstverwaltung den Garauß zu machen, der Generalversammlung und dem Vorstand die ausschließliche Entscheidung darüber zu nehmen, ob jemand das Vertrauen genießt, als Vorstandsmitglied, Kassentendant oder Rechnungsführer gewählt zu werden. Mit aller Entschiedenheit wendete sich der von Arbeitgebern und Arbeitnehmern der verschiedenen Kassenorganisationen und politischen Richtungen besuchte Kongreß vom 15. März cr. gegen diese Versuche. Die 1200 Kassenbelegierten, Vertreter von 1171 Kassen mit über 5 Millionen Mitgliedern, hatten dort einhellig eine Resolution an den Reichstag des Inhalts gerichtet: „Die Novelle der Regierung zum Krankenversicherungsgesetz sieht einige Erhöhungen der Leistungen an die Versicherten vor, deren Kostenbedeutung aber unter Vernachlässigung aller andern Wege (Zentralisation, Vereinfachung der Listen für die Unfallversicherung, Reichszuschüsse, Erziehung von Apotheken usw.) lediglich den Versicherten und deren Arbeitgebern aufgebürdet ist. Da ferner der größte Teil der berechtigten, dringlichen, der Regierung so oft unterbreiteten Forderungen der Krankenkassen Deutschlands völlig unberücksichtigt geblieben ist und da die geringen Verbesserungen mit einer wesentlichen Einschränkung und Beeinträchtigung der Selbstverwaltung, dieses Grundpfeilers der gedeihlichen Entwicklung des Krankenversicherungsgesetzes erkauft werden sollen, erklärt der in Berlin tagende Kongreß diese Vorlage der Regierung für unannehmbar, wenn die auf Beschränkung der Selbstverwaltung gerichteten Bestimmungen nicht gestrichen werden.“ Die Reichstagspartei des Reichstages kümmerte sich um diese Wünsche nicht. Auf Anregung des Zentrums stimmten sie in der Kommission und in der zweiten Lesung im Plenum einer noch weitergehenden Einschränkung der Selbstverwaltung zu. Im letzten Augenblick wurden sie durch die Fraktion daran gehindert, diese Verschlechterungen zum Gesetz zu erheben.

Die Vorlage legte durch einen Zusatz zu § 35 dem Vorsitzenden des Vorstandes die Pflicht auf, nach seiner Ansicht gesetz- oder statutenwidrige Beschlüsse zu beanstanden. Diese geschäftliche Bevormundungspflicht gefährdet eine gedeihliche Verfassung des Vorstandes, drückt die Vorstandsmitglieder zu einer Art Untergebenen des Vorstehenden herab und schafft nicht den geringsten Nutzen. Ohne eine weitere in § 42 enthaltene Vorschrift wäre sie allerdings nicht allzu gefährlich.

In § 42 war aber die Befugnis der Aufsichtsbehörde vorge-

Feuilleton.

Rechtlich verboten.

Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Dlos.

(39. Fortsetzung.)

Auch sonst ging noch manches dem Fürsten persönlich nahe. Wollte er sein Volk nicht erzürnen, so mußte er aus der Wolke seiner bisherigen ämterlichen Unnahbarkeit heraustreten und zum Volke herniedersteigen. Zuweilen nötigten ihn dann die guten Bürger, mit ihnen ein Glas Bier zu trinken, oder eine Partie Schach mit ihnen zu spielen, wobei es sehr cordial zuging und man dem ehemaligen Sonderan vertraulich auf die Schulter zu klopfen pflegte. Diese Barbaren schienen von Hofetikette gar keine Ahnung zu haben. Und auch Neßius erwies sich in solchen Fällen als gänzlich unzuverlässig, denn er meinte lachend, wenn sich der Fürst beklagte:

„Das schadet nichts; da werden Durchlaucht recht populär, wie jener Graf von Württemberg, der im Schoß eines Schatzers geschlafen hat.“

Das Gesicht, das Erich der Neumundneuzigste bei diesem Troste schnitt, sah nicht übermäßig geistvoll aus.

In dieser Zeit der „Anarchie“ verlebten die Deutschen den Vollmond ihrer Freiheit. Sie waren in einen solchen Freudentaumel geraten, daß sie vergaßen, ihre Bürgerrechtspflichten hinreichend sicherzustellen. Das sollte alles das neue deutsche Parlament zu Frankfurt a. M. besorgen. Und wie das Parlament nachher alles erst recht und „wunderlich schön verfahren und verritten“ hat, ist manniglich bekannt.

Herrn Erich ward es recht schummrig, wie man sagt, inmitten dieser für sein Volk so gemüthlichen Anarchie.

„Swarten!“ hatte seine Gegeria, die gazellenäugige Lolo, gesagt. Aber das Swarten ward ihm bald unerträglich. In den nahen Wäldern hörte er die Schiffe knallen, mit denen man ihn seines Wildstandes beraubte, und wenn er auf die Straße ging, war er vor den vertraulichen Annähe-

rungen braver und gestimmungstüchtiger Spießbürger, die mandamal angeheitert zu sein schienen, nicht sicher.

Nein, es war unerträglich; das mußte anders werden. Er fuhr zu Lolo hinüber. Sie mußte Rat wissen auch in diesem ganz besonders schwierigen Fall.

Lolo wohnte nämlich etwa drei Stunden entfernt auf dem Gebiet eines anstößenden Zwergstaates. Dort war es ruhiger zugegangen, als in Erichs des Neumundneuzigsten Reich; die Umwandlung in ein konstitutionelles Staatswesen hatte sich ohne alle Schwierigkeiten vollzogen.

Die Revolution in Erichs Reich hatte wie überall in Deutschland großen Respekt vor den Landesgrenzen; Lolo hatte vorläufig nicht zu befürchten, daß sie die revolutionären Gersdorfer in ihrem Asyl stören würden. Das wäre ja eine Grenzverletzung gewesen, und sie rechnete darauf, daß die ordnungsliebenden Revolutionäre von Gersdorf eine solche ängstlich vermeiden würden.

Ihr Asyl war nicht übel, ein in einsamer Gegend gelegenes Felsenloch, welches der Fürst des Ländchens gern seinem Nachbarn Erich für Lolo überlassen hatte. Im Schlosse selbst war es etwas eng, aber an die alten Ringmauern hatte man, nachdem das Schloß als fester Punkt bedeutungslos geworden, einen herrlichen Park angebaut. Unter alten Bäumen erglänzte dort silbern ein Teich, und im Landvolke ging die Sage, in mond hellen Sommernächten könne man in diesem Teiche die Nymphen sich baden sehen; auch wollte man im Parke schon Elfen mit schimmernden Gewändern gesehen haben. Alte Lakaien lächelten pfiffig, wenn von diesen Dingen gesprochen wurde, und einer von ihnen sagte einmal: „Ja ja, hochselige Durchlaucht versanden sich auf Elfen und auf Nymphen!“

Seitdem die vertriebene Freundin Erichs sich in dem alten Schlosse befand, ging es hier sehr lebhaft zu. Die Fenster strahlten mandamal in heller Beleuchtung des Nachts weithin durch das Gebirge und in dem Park sah man Lichter sich bewegen; öfter glaubte man dort Jadelzüge wahrzunehmen. Die wenigen Bewohner dieser Gegend gingen schon an dem Schlosse vorüber. Einen Grund, dessen neuerer Bewohnerin zu großen, empfanden sie nicht, und ohnehin

ließ Lolo unter die Armen massenhaft Lebensmittel, Kleidungsstücke und auch bares Geld verteilen. So kümmerte man sich in Wahrheit nicht um das, was im Schlosse vorging; die Leute empfanden ganz instinktiv, daß es ihr Wohlteil sei, die Wohltäterin nicht zu stören und zu verschonen.

Indessen ging es im Schlosse toll zu; Lolo wollte keine Langeweile empfinden und war darum bestrebt, immer Gesellschaft um sich zu haben. Es fehlte ihr nicht an solcher. Ihr Günstling Weesenmeyer kam öfters herüber und sorgte dafür, daß das Schloß von Gästen nie leer wurde. Der Fürst kam an bestimmten Tagen, und an diesen verschwanden die übrigen Gäste. Leichtsinrige Prinzen, flotte Offiziere, fidele Studenten fanden sich ein; es wurde geschmauft, gezecht, jubiliert, getanzt und das tollste Zeug getrieben. Wilde Gelage und Orgien jagten sich. Lolo erdient dabei in phantastischen Kostümen und in solchen, die sehr wenig verhüllten. Sie suchte sich unter ihren Gästen einige hübsche und frivole junge Männer aus, die sie zu ihren eigentlichen Freunden ernannte. Im Lebensgenusse gab es für sie keine Schranke. Sie nannte es eine gesunde Sinnlichkeit, indem sie in den Spuren jener Nymphen wandelte, die einst erklärte, sie sei die Freundin aller ihrer Freunde.

Daß der Fürst von diesem Treiben erfuhr, mußte Lolo, aber sie kümmerte sich nicht darum. Sie begriff, daß sie ihm gewissermaßen unentbehrlich geworden war; andererseits schien der Fürst zu begreifen, daß sich einem Naturell, wie es Lolo besaß, keine Schranken ziehen ließen, wie bei einem gewöhnlichen Weibe. Er konnte Lolo nur verlieren oder sie gewöhnen lassen, und darum ließ er sie gewöhnen.

Diesmal kam der Fürst unerwartet, allein der Lortwächter zeigte ihn noch rechtzeitig an. Lolo befand sich im Kreise mehrerer Genossen, und man hatte weder geschaut. Zahlreichen Champagnerflaschen war der Hals gebrochen worden und der Moment war nahe, da das Gelage in eine Orgie überzugehen pflegte; an solchen Veranstaltungen nahm auch die üppige blonde Kammerfrau Maria teil, wenn Lolo sich als Repräsentantin des weiblichen Geschlechts vereinsamt fühlte.

(Fortsetzung folgt.)

gericht, an welches Ihre Eingabe vom 19. August zunächst zu richten gewesen wäre, zu diesem Gewerbegerichtsbeistandtag Einladung erhalten haben.

In Magdeburg hat der Magistrat bereitwilligst einen Betrag freiwillig bewilligt.

Unter Punkt 3, Landagitation, wurde beschlossen, in den umliegenden Ortsteilen, wo es einigermaßen möglich ist die Agitation zu entfalten, dieselbe vorzunehmen. Hierzu wurden mehrere Genossen bestimmt, die Agitation vorzunehmen. Ferner wurde noch den streitenden Legitarbeitern in Crimmitschau eine Summe von 50 Mark zugesprochen. Auch soll Mitte nächsten Monats ein wissenschaftlicher Vortrag mit Lichtbildern von Karl Thiel aus Kassel arrangiert werden. Da die Bibliothek einer Revision unterzogen werden soll, so werden die Gewerkschaftsmittglieder ersucht, ihre entliehenen Bücher spätestens bis zum 20. September abzuliefern.

Stöttingen, 7. September. (Studien für Serbien.) Der serbische Hauptmann Dragitsch nimmt im Auftrage seiner Regierung an der Vermessung des Harzes teil, um in Serbien ein Vermessungsverfahren nach deutschem Muster einzurichten.

Halle, 8. September. (Mehr kann man wirklich nicht!) Zum Empfange des Kaisers in der gut sozialdemokratischen Stadt Halle hielt der Oberbürgermeister Staude die folgende Rede:

„Allerburchlauchtigster, großmächtigster Kaiser! Allerburchlauchtigste Kaiserin! Im Namen der städtischen Behörden und der Bürgerschaft von Halle heiße ich Eure Kaiserliche und königliche Majestät hier vor dem achtbaren Rathhaus im Herzen der Stadt alleruntertänigst willkommen. Durch die Gnade Eurer Majestät ist das Schonen der Bürgerschaft erfüllt. Denn heute ist uns vergönnt, unser geliebtes Kaiserpaar in unsern Mauern zu sehen. Wir haben das Glück, daß Eure Majestät von dem gedeihlichen Aufschwung, welchen Halle unter der gesegneten Regierung Eurer Majestät genommen, Kenntnis nehmen. Darum herrscht Freude und Dankbarkeit, und der Jubel, mit welchem Eure Majestäten von alt und jung begrüßt wurde, legt Zeugnis ab von der dankbaren Verehrung der Bürgerschaft. Wir gereicht es zur besonderen Freude, daß ich Ew. Majestät an dieser Stelle begrüßen darf. Hier huldigt die Bürgerschaft von Halle dem Kaiserpaar Ew. Majestät, dem Großen Fürstlichen. Was die Bürgerschaft dem Landesherren an Treue und Ergebenheit verspricht, das will die Bürgerschaft auch in der Gegenwart halten. Für alle Zeiten wird die Stadt Halle Ew. Majestät und dem königlichen Hause treu bleiben in bösen wie in guten Tagen. In dieser Bestimmung bitte ich Ew. Majestät ehrfurchtsvoll, von der Stadt Halle diesen Ehrentrunk anzunehmen.“

Wir sind gewiß nicht für Ausnahmemaßregeln, allein dieser entsetzlich gedrückte, unheimliche, byzantinische Stil sollte wirklich polizeilich verboten werden!

Halle, 7. September. (Unerhört!) Das „Völkchl.“ schreibt: Keine Rücksicht auf die Kranken nahm man während der Einzugsfeierlichkeiten (des Kaiserpaars) am gestrigen Tage. Auf dem hiesigen Bahnhof wurde ein Angefallener vom Zuge überfahren und schwer verletzt. Seine Ueberführung in ein Krankenhaus war dringend nötig. Wie uns glaubhaft versichert wird, hat man den Schwerverletzten längere Zeit einfach liegen lassen und seine Wundschmerzen mit den Worten abgelehnt: Es ist ja alles geschehen. Als schließlich die Verbringung des Beamten in ein hiesiges Krankenhaus erfolgte, war es anscheinend schon zu spät, denn der Tod soll inzwischen erfolgt sein. Wie wenig rücksichtsvoll man auch sonst vorgegangen ist, beweist ein andres Vorfallkommis am Sonntag vormittag, das sich zwischen 1/2 und 1/10 Uhr in der Meißelstraße ereignete. Eine Kutsche, in welcher ein Offizier saß, überfuhr ein Kind, welches nicht schnell genug ausweichen war. Die Mäder waren dem Kinde über die Beine gegangen; auch sonst soll es verletzt sein. Was tat der Offizier? Er fuhr weiter. Kommentar eines solchen Verhaltens überflüssig.

Die Polizei hat wieder Verhaftungen vorgenommen, zeigte sich überhaupt wie immer von bedeutendem Eifer.

Schönebeck, 8. September. (Damit der Humor zu seinem Rechte komme) haben hiesige Patrioten beschlossen, zwecks Wiedereroberung des Wahlkreises die „national-gesinnte Presse“ in Arbeiterkreisen zu verbreiten. Außerdem will man gegenwärtig (d. h. sozialdemokratische) Versammlungen besuchen. Ein ganz begeisterter Mitarbeiter hat in Aussicht auf den bombensicheren Sieg bereits ein Fäßchen spendiert.

Schönebeck, 7. September. (Versammlungsbericht.) Donnerstag den 1. September tagte die Volksvereinsversammlung für September. Genosse Treffahn gab den Bericht von der Generalversammlung in Staßfurt, Genosse Schmidt von der Parteikonferenz in Staßfurt und der Regierungsbezirkskonferenz in Magdeburg. Eine lebhafteste Diskussion ergab die Pressefrage. Des ferneren wurde über den Beschluß der Parteikonferenz in betreff der örtlichen Bibliotheken diskutiert. Die drei, die zum Bezirk Schönebeck gehören, sollen von Schönebeck aus besorgt werden. Eine erregte Debatte rief der Antrag des Genossen Th. Schmidt hervor, die Bezahlung der Referenten zu regeln. Er hatte einen Satz für auswärtige Referenten von 8 Mark beantragt, Genosse Künne für einheimische Referenten einen Satz von 3 Mark. Für auswärtige Referenten wurde es dem Genossen Schmidt überlassen, die Sache wie bisher zu handhaben. Für einheimische Referenten wurde der Antrag des Genossen Künne angenommen, denselben 3 Mark für ein Referat zu bewilligen. Dagegen sprach Genosse Köhde, er meinte, wer ein Referat halte, könne dieses aus Parteinteresse tun.

Schönebeck, 7. September. (Versammlungsbericht.) Sonnabend den 5. September war eine außerordentliche Versammlung der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter in der „Reichshalle“. Kollege Dammich sprach über den Zweck und Nutzen der Konsumvereine. In der darauffolgenden Diskussion sprach u. a. auch der Kollege Köhde vom Metallarbeiterverband, doch nicht sachlich, denn er versuchte die Lagerhalter und die Arbeiter herunterzuziehen. Ihm wurde die gefällende Antwort von den Kollegen Schmidt, Künne und Dammich zuteil. Nach Schluß der Debatte und Uebergehen zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Bericht vom Kartell, machte der Kollege Köhde solchen Satzung und zeigte sich ein unziemliches Betragen, daß der überwachende Polizist die Versammlung auflöste.

↓ **Staßfurt, 6. September.** (Die Volksvereinszweige) wird sich in ihrer Sitzung am Mittwoch vorwiegend mit der Verwirklichung über die sehr interessante Bezirkskonferenz und mit der „Erklärung“ in Nr. 204 der „Volksstimme“ beschäftigen. Die organisierten Parteigenossen werden ein lebhaftes Interesse haben, mit diesen Dingen sich zu beschäftigen und daher zahlreich in der Sitzung erscheinen.

Vom Eichsfelde, 7. September. (Streik der Biertrinker.) Vor 15 Wochen haben, der „H. N. Z.“ zufolge, die Gastwirte in Siederode (Kreis Heiligenstadt) das letzte Maß Bier angezapft. Seit jener Zeit ist über die dortigen Wirtshäuser der Vorhang verhängt. Für einen deutschen Reichsgewerkschaftler will die Rommelschule von Siederode fast 0,3 Liter wie bisher jenseitlich 0,4 Liter Bier beanspruchen. Das aber wollen die Wirte nicht gewähren. Die Siederoder aber wissen sich zu helfen: Wohlgeunt zieht, sobald der Sonntag kommt, jung und alt auf die Nachbardsdörfer, wo getrunken wird, denn dort ist ja das Bier billiger, z. B. im Nachbardsdorf Pfaffschwende. Nach dort streikten die Biertrinker im letzten Winter aus den gleichen Gründen. Die Streikenden legten dort ihren Willen durch. Ob auch in Siederode die Wirte unterliegen werden? Man ist dort gespannt auf den Ausgang dieses sonderbaren Streiks.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der Bager Schuppen des Kaufmanns Ulrich in Genthin ist niedergebrannt. — Der 13jährige Knabe Hermann Eich in Rathenow fand am Donnerstag nachmittag seinen Tod beim Baden in der Havel. — Der 10jährige Sohn des Landwirts Knopf in Boddewitz bei Uten war beim Einfahren mit beschäftigt. Während des Fahrens sprang er aus der Schößelle heraus, blieb dabei im Gestränge hängen und geriet unter die Mäder des Wagens. Das eine Rad ging ihm über den Leib und das andre zerbrach ihm den Unterkiefer. Alle Hilfe war vergebens. — Als der Kutcher R. Stoppel, der seit einigen Tagen erst beim Dr. med. Schiele in Westeregeln im Dienste steht, beim Ausspannen beschäftigt war, wurde das Pferd, wie man vermutete, durch einen Fliegenstich so unruhig, daß der Kutcher nach den Bügeln sprang. Dabei ging das Pferd durch und schleuderte den Stoppel dermaßen gegen ein Giebel, daß der Bedauernswerte vier Rippenbrüche und schwere Kopfverletzungen davontrug. — Gestern morgen gegen 4 Uhr ist die große Simonische Tischlerei, Augustiner 6, in Quedlinburg durch ein Schadenfeuer vollständig zerstört worden. Die angrenzenden Wohn- und Hintergebäude sind stark beschädigt. Das Feuer ist in dem Nachbargrundstück des Malers Voigt aufgekommen. — Wie amtlich gemeldet wird, sind in der vorigen Woche in Braunschweig acht neue Typhuserkrankungen vorgekommen, jedoch keine Todesfälle. Die Epidemie unter den Kindern, welche an den Waldspielen teilgenommen hatten, ist zum Stillstand gekommen.

Gewerbegericht Usterleben.

Vorsitzender: Bürgermeister Woldmann. Beisitzer: Kolonnenführer W. H. Heins und Zimmerer Louis Köhler.

Es hat der Schlichter Wilhelm Köhler gegen den Bauunternehmer A. Steiner auf 48 Mark Lohnschuldigung wegen Kündigungskloster Entlassung. Das Gericht hatte zunächst die Frage der Zulässigkeit zu prüfen, indem Kläger ev. als selbständiger Unternehmer betrachtet werden könne. Nachdem die Frage der Zulässigkeit bejaht wurde ein Vergleich dahin geschlossen, daß Beklagter 40 Mark zahlt.

Gewerbegericht Usterleben.

Vorsitzender: Bürgermeister Woldmann. Beisitzer: Kolonnenführer W. H. Heins und Zimmerer Louis Köhler.

Es hat der Schlichter Wilhelm Köhler gegen den Bauunternehmer A. Steiner auf 48 Mark Lohnschuldigung wegen Kündigungskloster Entlassung. Das Gericht hatte zunächst die Frage der Zulässigkeit zu prüfen, indem Kläger ev. als selbständiger Unternehmer betrachtet werden könne. Nachdem die Frage der Zulässigkeit bejaht wurde ein Vergleich dahin geschlossen, daß Beklagter 40 Mark zahlt.

Gewerbegericht Usterleben.

Vorsitzender: Bürgermeister Woldmann. Beisitzer: Kolonnenführer W. H. Heins und Zimmerer Louis Köhler.

Es hat der Schlichter Wilhelm Köhler gegen den Bauunternehmer A. Steiner auf 48 Mark Lohnschuldigung wegen Kündigungskloster Entlassung. Das Gericht hatte zunächst die Frage der Zulässigkeit zu prüfen, indem Kläger ev. als selbständiger Unternehmer betrachtet werden könne. Nachdem die Frage der Zulässigkeit bejaht wurde ein Vergleich dahin geschlossen, daß Beklagter 40 Mark zahlt.

Gewerbegericht Usterleben.

Vorsitzender: Bürgermeister Woldmann. Beisitzer: Kolonnenführer W. H. Heins und Zimmerer Louis Köhler.

Es hat der Schlichter Wilhelm Köhler gegen den Bauunternehmer A. Steiner auf 48 Mark Lohnschuldigung wegen Kündigungskloster Entlassung. Das Gericht hatte zunächst die Frage der Zulässigkeit zu prüfen, indem Kläger ev. als selbständiger Unternehmer betrachtet werden könne. Nachdem die Frage der Zulässigkeit bejaht wurde ein Vergleich dahin geschlossen, daß Beklagter 40 Mark zahlt.

Gewerbegericht Usterleben.

Vorsitzender: Bürgermeister Woldmann. Beisitzer: Kolonnenführer W. H. Heins und Zimmerer Louis Köhler.

Es hat der Schlichter Wilhelm Köhler gegen den Bauunternehmer A. Steiner auf 48 Mark Lohnschuldigung wegen Kündigungskloster Entlassung. Das Gericht hatte zunächst die Frage der Zulässigkeit zu prüfen, indem Kläger ev. als selbständiger Unternehmer betrachtet werden könne. Nachdem die Frage der Zulässigkeit bejaht wurde ein Vergleich dahin geschlossen, daß Beklagter 40 Mark zahlt.

Gewerbegericht Usterleben.

Vorsitzender: Bürgermeister Woldmann. Beisitzer: Kolonnenführer W. H. Heins und Zimmerer Louis Köhler.

Es hat der Schlichter Wilhelm Köhler gegen den Bauunternehmer A. Steiner auf 48 Mark Lohnschuldigung wegen Kündigungskloster Entlassung. Das Gericht hatte zunächst die Frage der Zulässigkeit zu prüfen, indem Kläger ev. als selbständiger Unternehmer betrachtet werden könne. Nachdem die Frage der Zulässigkeit bejaht wurde ein Vergleich dahin geschlossen, daß Beklagter 40 Mark zahlt.

Gewerbegericht Usterleben.

Vorsitzender: Bürgermeister Woldmann. Beisitzer: Kolonnenführer W. H. Heins und Zimmerer Louis Köhler.

Es hat der Schlichter Wilhelm Köhler gegen den Bauunternehmer A. Steiner auf 48 Mark Lohnschuldigung wegen Kündigungskloster Entlassung. Das Gericht hatte zunächst die Frage der Zulässigkeit zu prüfen, indem Kläger ev. als selbständiger Unternehmer betrachtet werden könne. Nachdem die Frage der Zulässigkeit bejaht wurde ein Vergleich dahin geschlossen, daß Beklagter 40 Mark zahlt.

Gewerbegericht Usterleben.

Vorsitzender: Bürgermeister Woldmann. Beisitzer: Kolonnenführer W. H. Heins und Zimmerer Louis Köhler.

die Entwicklung der Schienenwege im Verhältnis zur Einwohnerzahl betrachtet. Wir müssen dann den Vorrang an Frankreich abtreten, das nach einer jetzt aufgestellten Statistik auf je 10 000 Einwohner 11,8 Kilometer Eisenbahn besitzt, also je mehr als 1 Meter auf jeden Einwohner. Kein andres Reich unfrei Ernteils kann sich einer gleichen Entwicklung der Eisenbahn rühmen. Das kleine Belgien mit seiner großen Volksdichte hat nur 9,7 Kilometer Eisenbahn für je 10 000 Einwohner, das „mächtige Deutschland“, wie der französische Statistiker sich ausdrückt, nur 9,4, Großbritannien 8,5, Oesterreich 8 Kilometer. Die übrigen Länder bleiben weit dahinter zurück. Sogar Rußland, das jetzt den größten jährlichen Zuwachs an Schienenwegen aufweist, und doch gewiß kein dichtbesiedeltes Land ist, verfügt nur über 4,4 Kilometer Eisenbahn auf je 10 000 Einwohner, Italien nur über 4,9. Selbstverständlich kann sich diese Rangordnung schon binnen kurzem ändern, und vor allem dürften die großen Eisenbahnbauten, die in Rußland der Ausführung harren, eine nicht unwesentliche Verschiebung herbeiführen. Was Frankreich betrifft, so hat es in den letzten Jahren eine ziemlich regelmäßige Entwicklung seiner Eisenbahnen um weitere 700 Kilometer jährlich zu verzeichnen gehabt, und der Statistiker schätzt, daß binnen eines halben Jahrhunderts, daß heißt bis zu dem wichtigsten Zeitpunkt, an dem die Privilegien der Privateisenbahngesellschaften erlöschen werden, jeder Franzose sozusagen 2 Meter Eisenbahn besitzen wird, außerdem einen ganzen Kilometer Telegraphenlinien und einen halben Meter Binnenschiffahrtsweg. Da 1 Meter Eisenbahn einen durchschnittlichen Wert von 250 Mark hat und etwa je 50 Mark auf den Anteil an Telegraphen und an den Kanälen zu rechnen wären, so würde man zu dem Ergebnis kommen, daß jeder Franzose bei seiner Geburt an diesen Verkehrsmitteln ein Guthaben von rund 350 Mark hat.

* **Ueber Frauenbewegung und Atheismus in Frankreich** ergreift sich die „Römische Volkszeitung“ anlässlich einer Besprechung des Einganges der „Fronde“, dieses von Frauen geleiteten, geschriebenen, gesehten, gedruckten und gefalteten Blattes. Am meisten hat sich die fromme Römische über folgende Abschiedsworte der „Fronde“ geärgert: Bedeutende Männer haben sich seit einiger Zeit zur Aufgabe gestellt, mit aller Kraft an dem Siege des freien Gedankens über den religiösen Fanatismus, den Obskurantismus zu arbeiten. Sie sind bald ihre geworden, daß die von der Kirche beherrschte Frau die feste Stütze, eifrigste und unheilvollste Verbreiterin ihrer (der Kirche) geistvernachtenden Lehren ist; daß, solange die Frauen das seit vielen Jahrhunderten sie erdrückende Joch nicht abgeschüttelt, ihr Gehirn nicht von dem überlebten Aberglauben, von der Finsternis der religiösen Dogmen befreit haben, alles ungenügend, unwirksam sein wird, was zur Befreiung des Geistes der Männer unternommen wird.

Die „Fronde“ hat so unrecht nicht. Mögen es sich auch unsere Arbeiterfrauen gesagt sein lassen.

Kleine Chronik.

Neuer Altendiebstahl.

Die Verhaftung des Gerichtsaktuars Schulz vom Landgericht in Danzig erregt dort zurzeit großes Aufsehen. Mit ihm zugleich wurde der Buchbindermeister Fliege, der bisher die Altensammlung beim Landgericht besorgte, in Untersuchungshaft genommen. Die Verhaftungen werden der Unterschlagung von Akten in Sachen eines im Werdener wohnenden Restaurateurs beschuldigt. In derselben Angelegenheit ist später auch der frühere Restaurateur G. aus Heubude festgenommen worden. Der Fall erinnert an die kürzlich bei der königlichen Staatsanwaltschaft in Köln a. Rh. entdeckten Altendiebstähle, die ebenfalls mehrere Verhaftungen zur Folge hatten.

Wieder einer!

Umfangreiche Veruntreuungen hat der Stadtkämmerer der Stadt Stuhm i. Westpr., Krüger, verübt. Als kürzlich einige Stadtväter auf eine eingehende Revision der Kämmererkasse drangen, wurde eine solche am 1. d. M. von zwei Magistratsmitgliedern vorgenommen. Das Ergebnis war kein erfreuliches, denn gleich bei der ersten Durchsicht der Bücher wurden mehrere Unterschlagungen festgestellt, die sich bis jetzt, die eingehendere Revision ist bei weitem noch nicht beendet, auf zirka 4000 Mark belaufen. R., der nahezu zehn Jahre den Posten eines Kämmerers von Stuhm verwaltet, wurde sofort vom Amte suspendiert.

Schwere Unwetter

haben im Westen und Norden Deutschlands viel Unheil angerichtet. Wie aus Köln ein Telegramm meldet, sind die Verheerungen im Wuppertal besonders groß. In Solingen stürzte der Bau eines Zirkus zusammen, glücklicherweise ohne Menschen zu verletzen. Auf der Strecke Solingen-Dhligs waren Bäume entwurzelt und auf den Bahndamm geschleudert worden, so daß der Verkehr eine Zeitlang unterbrochen war und die Züge stundenlange Verpätungen hatten. In der Nähe von Reichling brach der Sturm eine Mauer zum Umsturz; mehrere Personen kamen hierbei zu Schaden. Zwischen Ruppertsteg und Opladen fuhr ein Blitzstrahl in einen mit Ausflüglern besetzten Wagen und verletzte drei Insassen lebensgefährlich. — In M.-Glabach stürzte infolge des Sturms der Neubau des katholischen Seelsorgehauses ein, und ein Teil der Ufermauern des Glabaches wurde zerstört, so daß in einige Häuser das Wasser mehrere Fuß hoch eindrang. Der Blitz zündete in einer Dachpappfabrik. In Odenkirchen war der Bismarckplatz so hoch überdeckt, daß sogar die Straßenbahn den Verkehr einstellen mußte. Sehr heftige Gewitter gingen auch über Lübeck, Holstein, Mecklenburg und Lauenburg nieder. In der näheren Umgebung von Lübeck zündete der Blitz achtmal. Drei Vieh wurde erschlagen oder kam in den Flammen um.

Kleine Tageschronik.

Bei der Wanderschaft bei Ostelsburg (Lippert) sind, der „Römische Volkszeitung“

Vermischte Nachrichten.

* **Eisenbahnlänge und Einwohnerzahl.** Unter den Ländern Europas hat Deutschland die größte Länge von Eisenbahnen, aber es steht nicht an erster Stelle, wenn man

auf die, ein Jäger und ein Mann am Hirschschlag ge worden, ein Jäger und drei Mann schwer erkrankt; außerdem sind eine Anzahl Soldaten in ärztliche Behandlung gegeben worden. — In Rönigsborn bei Unna in Westfalen verhaftete die Polizei drei Kurgehe. In einem ihrer Zimmer fand man in einem verschlossenen Behälter eine vollständig in Verwesung übergegangene Kindesleiche. Die Verhafteten nennen sich Geschwister Sauerwald aus Rorbis. — Im Olympia-Theater in Dortmund kürzte Ritz Diabolone bei der Fahrt im Schleifenring mit dem Automobil ab und verletzte sich erheblich. — Die 4 Leichen, welche am Sonnabend aus dem Main gelandet wurden, sind als diejenigen des Arbeiters Kiefer aus Edenheim bei Frankfurt und dessen Frau und Kinder rekonstruiert. — Durch einen Blitzschlag wurden in Krusendorf (am Neuhaus) drei Gehöfte mit acht Gebäuden in Brand gesetzt und eingestürzt. — Ein aus Königsberg stammender Student K. wurde in Heidelberg wegen Zuhilfenahme von Schulden verhaftet. — Bei Cornelius-Münster (Aachen) wurde ein Bürgerzug von 30 Wegelagerern überfallen. Ein Mann wurde beraubt, eine Frau schwer mißhandelt. Die Wegelagerer entkamen. — Der Vorsteher des Majors Biermann in Aachen schickte beim Dienstaufbruch beim Gewehrputzen die ganze Schrotladung in die Brust. Das Mädchen war sofort tot. — In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde auf der Stader Chaussee bei Hannover ein Raubmord auf den 23jährigen Arbeiter Buchholz aus Wötmer verübt. Er wurde von zwei Strolchen hinterlistig überfallen und durch Messerstiche so verletzt, daß er auf dem Platze liegen blieb. —

Literarisches.

(Eingegangene Druckschriften. Besprechung einzelner Werke vorbehalten.)
 Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Diez Verlag) ist uns soeben die Nr. 19 des 13. Jahrgangs zugegangen. —
 Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Diez Verlag) ist soeben das 49. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Bürgerliche Agenden. — Ein Nachwort zur Bizepräsidentenfrage nach Verwandtem. Von A. Debel. — Zum Paragrafen. Von R. Kautsky usw. —
 Von den „Dokumenten des Sozialismus“, herausgegeben von Ed. Bernstein (Stuttgart, Diez Verlag) ist soeben das neunte Heft des 3. Bandes erschienen. —
 Soeben ist Nr. 24 des „Einfachlebens“ erschienen. —

Bereine und Versammlungen.

Klempner und Installateure.
 In der öffentlichen Versammlung der Klempner und Installateure, welche am Sonnabend im Wälderischen Lokale tagte, wurde der Bericht der Revisor-Kommission gelesen. Die Revisor-Kommission waren wieder in sehr freundlicher Weise erschienen, daß auch dieses größere Pöbel bis auf den letzten Platz gefüllt war. Größtes Lob im Besonderen der Kommission den Bericht. Die Kommission habe, den

Wünschen der Kollegen Rechnung tragend, beschlossen, der Innung resp. dem Arbeitgeberverband umgehend einen Arbeitsvertrag zu unterbreiten, der auch für Magdeburg die schlimmsten Mißstände, unter denen die Kollegen zu leiden hätten, beseitige, wenn er auch nicht bezüglich des Lohnes die Höhe fordere, die in einer Reihe deutscher Städte durch Vertrag festgelegt sei. Auch bezüglich der anderen Positionen hätte die Kommission nur immer das angenommen, was als Mindestforderung bezeichnet werden müsse. Brandes geht die einzelnen Positionen des Vertrages durch und kommt zu dem Schlusse, daß auch die Arbeitgeber bei ruhiger Ueberlegung das Vorteilhafte eines solchen Vertrages einsehen müßten und deshalb voranschrittlich eine schnelle Verständigung möglich sei, um so mehr als dadurch auf Jahre die Geschäfte vor Beurlaubungen geschützt seien.
 Die Diskussion war eine sehr lebhaft. Einzelne Positionen wurden als nicht weitgehend genug bezeichnet. Die Majorität hielt sich jedoch an die Beschlüsse der Kommission. Der Entwurf wurde zum Schluß mit allen gegen eine Stimme angenommen. Auch dieser eine war mit dem Vertrage einverstanden mit Ausnahme einer Bemerkung, welche die Bezahlung der Wege von der Werkstatt zur Arbeitsstätte regelt. Beschlossen wird, den Vertrag sofort an die Innung resp. den Arbeitgeberverband abzugeben und Antwort bis spätestens Mittwoch den 16. d. M. zu verlangen. Am Sonnabend den 19. d. M. solle dann Bericht über die Antwort gegeben werden. — Der Vorsitzende Kollege Hähner konnte zum Schlusse auf den glänzenden Verlauf dieser Versammlung hinweisen und daran die Hoffnung knüpfen, daß der Verlauf der Lohnbewegung zugunsten der Kollegen enden müsse.
 Mit einem begeisterten Hoch auf die Metallarbeiterorganisation im allgemeinen und die Klempnerbewegung im besonderen wurde die imposante Versammlung geschlossen. —

Mieter-Vau- und Sparverein.

Am Sonnabend den 3. September cr., abends 8 Uhr, fand in der Bürgerhalle eine Generalversammlung des Mieter-Vau- und Sparvereins statt. Der Vorsitzende, Herr Pitt, eröffnete die einigermassen besuchte Versammlung und berichtete über den jetzigen Stand der Bauangelegenheiten, dabei betonend, daß dieselben jetzt in ein gutes Fahrwasser gekommen wären durch nenerdings wieder angeknüpfte Verhandlungen mit dem Magistrat. Eine lebhaftere Debatte entspann sich jedoch über den Regierplan, woran sich namentlich die Herren Richter, Schöne, Schmidt, Stampehl usw. wiederholt beteiligten, so daß zum Schlusse gegen eine Stimme der Antrag angenommen wurde, die Häuser in eigener Regie zu errichten, da die Genossenschaft selbst über wichtige Punkte hierzu verfügt. Ferner wird beschlossen, sämtliche Gelder welche auf der Sparkasse liegen, beim Ankauf des Hauses abzugeben und zu verwenden. Hierauf wird die Baukommission durch ein Mitglied, Herrn Gänigle, ergänzt. Gleichzeitig wurde der Baukommission das Recht zugesprochen, an den Verhandlungen des Vorstandes und Aufsichtsrates betreffs Bauangelegenheiten, nicht nur beratend, sondern auch als stimmberechtigt teilzunehmen. Hierauf schließt der Vorsitzende die Generalversammlung.

Bereine-Kalender.

Erzeigen unter dieser Rubrik Ihren Preis 5 Pf., die vorher zu bezahlen sind.
 Arbeiter-Radsfahrer-Verein Magdeburg, Abt. „Einigkeit“, Wilhelmshafen. Jeden Mittwoch Zusammenkunft im „Luisenpark“. 603

Briefkasten.

S. R., Schönebeck. Ihre Ansicht, daß die Allgemeine Magdeburger Kranken- und Begräbnis-Kasse (G. V. 90) zahlungsunfähig ist, wird wohl zutreffen. Bereits vor langer Zeit haben wir eine behördliche Warnung der — Stuttgarter Stadtverwaltung vor dieser Kasse in der „Volksstimme“ wiederholt. Es ist auch richtig, daß der gesetzlich vorgeschriebene Reservefonds nicht, bzw. nicht in voller Höhe, vorhanden ist. Es ist ferner richtig, daß die Kasse ihre Schulden gegenwärtig nicht bezahlen kann und wir sind aus guten Gründen der Ansicht, daß sie auf so durchaus verfehlter Grundlage aufgebaut ist, daß sie binnen kurzem pleite gehen muß. Der Drucker wird wohl noch lange warten müssen, ehe er die Prospekte, die er vor einem Jahre geliefert hat, bezahlt bekommt. Das alles ist nicht nur uns, sondern auch der Behörde bekannt. Ja, wir wissen noch mehr: die Kasse hat nicht etwa 5000 Mitglieder, sondern im besten Falle 2800 Mitglieder, die Beiträge zahlen. Wurde doch in der im Frühling stattgefundenen Generalversammlung von der Verwaltung konstatiert, daß von den eingetragenen 4000 Mitgliedern mindestens 1000 — es werden wohl einige hundert mehr sein — wegen Beitragsrückständen gestrichen werden müßten. Sie fragen nun verwundert: „Warum schreitet die Aufsichtsbekörde nicht ein?“ Ja, das wissen wir auch nicht! Nach unserem Ermessen hätte schon längst die Polizeibehörde die Schließung der Kasse beantragen und der Regierungspräsident sie vollziehen müssen. Es wird aber wohl wieder ein Regierungsrat in seiner Eigenschaft als Versicherungsrechner ganz genau herausgerechnet haben, daß die Kasse brillant fundiert ist und einer derartigen Argumentation gegenüber hat natürlich jede Beweisführung zu schweigen. —

Wahlkreis Wolmirstedt-Mehlsalzenleben. Durch A. P., Div. 10,00. — Durch A. J., Div. 1,00. — Ungenannt 14,00. — Bezirk Barleben 50,00. — Bezirk Schadausleben 15,00. — Liste Nr. 22 5,60. — Versammlung Hundsburg 13,35. — Ueberichau von der Richteckrone B. K. 1,05. — Von G. S., Div. 1,00. — Durch W. B., Div. 2,00. — Bezirk Döbenstedt 10,00. —

Für die streikenden Krimmitchaner Weber gingen beim Gewerkschaftssekretariat ein: Statt Deforation von Fridolin 10,00. —

Wasserstände.

	5. Sept.	6. Aug.	5. Sept.	6. Aug.
Barbuth	+ 0.04	- 0.03	0.07	—
Brandeb.	- 0.10	- 0.13	0.03	—
Melmit	- 0.44	- 0.52	0.08	—
Leitmeritz	- 0.42	- 0.52	0.10	—
Unsp.	- 0.29	- 0.36	0.07	—
Dresden	- 1.61	- 1.65	0.04	—
Torgau	+ 0.26	+ 0.21	0.05	—
Mittelsberg	—	+ 0.96	—	—
Hoflau	+ 0.47	+ 0.45	0.02	—
Barby	+ 0.62	+ 0.58	0.04	—
Schönebeck	+ 0.45	+ 0.41	0.04	—
Magdeburg	+ 0.72	+ 0.70	0.02	—
Tangemünde	+ 1.20	+ 1.14	0.06	—
Wittenberge	+ 0.86	+ 0.82	0.04	—
Broda-Ornitz	+ 0.40	+ 0.37	0.03	—
Bauenburg	+ 0.53	+ 0.48	0.05	—

W. Coors 530
 Sudenburg, Halberstädterstrasse 116.
Schuhwaren
 aller Art
 — Bestpreis für Reparaturen und Reparatur! —
 Strong feste Preise!

Dr. Soling, Stahlwaren
 Bestecke 490
 Taschenmesser usw.
 empfiehlt billigt
Bernh. Brehmer
 Sudenburg, „Eisler“.
 Herren-Knives 3.90 M.
 H. Reinefeld, Schönebeckstr. 93.

Beachten Sie den großen Verkauf
 meines reell angefertigten
Möbel, Spiegel und Polsterwaren.
 Das Lager soll bis zum 15. November d. J. wegen baulicher Veränderungen möglichst geräumt sein und verkaufe daher zu jedem annehmbaren Preise. 594
 Keine in fünf großen Möbelspeichern befindlichen Möbel können auch des Abends besichtigt werden, da sich in diesen Räumen elektrisches Licht befindet.
 — Kaufweg angegeschlossen. —
O. Putzmann, Tischlermeister
 Grosse Steinernetischstrasse 19.

Buchhandlung
 Volksstimme
 Angeln, Jakobstr. 49.
Billige gute Lektüre!
 Von dem Verfasser des populären und sehr verlässlichen Romans „Im die Freiheit“ von G. J. —
Robert Schweichel
 Haben wir noch einige Exemplare jenes populären und sehr verlässlichen Romans vorrätig.
Sein oder Nichtsein!
 22 Seiten fest — fest 2 Mark nur 1 Mark.
Der Artichwinger.
 300 Seiten fest — fest 2 Mark nur 1 Mark.
 Angedenken empfehlen sich, um die Lösung der großen Rätsel leichter.
Der Seelenbändiger.
 Roman von Max J. — 300 Seiten fest.
20000 Jahre unter dem Eise
 Roman von Max J. — 255 Seiten fest.
Es giebt keinen Teufel.
 Roman von Max J. — 252 Seiten fest.
Aus der Gründerzeit.
 Roman von Max J. — 210 Seiten fest.
Aus Mitleid.
 Roman von Max J. — 276 Seiten fest.
 Preis jedes Bandes nur 1 Mark.
 Wir bitten dieses leserl. anzuschreiben.

Ruß.-Möbel
 sowie ganze Ausstattungen zu
 Fabrikpreisen abgegeben
 157 Al. Karstr. 2, 1 Et.
Süßensattel
 der Magdeburger Volkstische
 Hauptwache 5.
 Mittwoch: Kupfstücken mit Schweine-
 fleisch.
 Donnerstag: Sausen mit Rindfleisch.
 Freitag: Schmalz, Salzkräutern
 und Wurstwaren.
 Samstag: Stampenuppe mit
 Rindfleisch.

Wohin gehen wir heute
 zu gute Sofas, Plüschgarnituren, Bettstellen mit Matrassen, bürsten und Kissenmöbel zu kaufen??
 Nur nach den großen Sälen und Möbelspeichern von
Jakob Mook
 am Rathaus. 540

Dr. Thompson's Seifenpulver
 gibt
 ohne Bleiche
 blendend weisse Wäsche.

Gratulationskarten empfiehlt die Buchhandlung Volksstimme
Hans-Herz-Märke Kaffee
 Extra-Mischung, im Geschmack, Aroma und Ergiebigkeit unübertroffen, à Pfund 100 Pf., empfiehlt
Ferdinand Herz, Knochenhauermeisterstr. 64

Frauen kauft eine Pfeil-Strickmaschine
 sie ist das beste Mittel zu lohnendem Erwerb im Hause besonders für alleinstehende Frauen u. Mädchen.
 Leichte Erlernbarkeit und leichte Handhabung sind ganz besondere Vorzüge der Pfeil-Strickmaschine.
 Gründlichen Unterricht erhält jeder Käufer. Preisliste mit Abbildungen frei und umsonst.
A. ROSE
 MAGDEBURG.
 Zweig-Geschäfte u. Vertreter an allen Plätzen. Gegr. 1865.

Weise zu erbringen gar keine Anstalten machen, so beginnt der Tanz von neuem. Alle in den Sitzungen gepflogenen Beratungen und gefassten Beschlüsse sind zwecklos und unnütz gewesen, weil sie durch die von den Prinzipalen gestellten Bedingungen über den Haufen geworfen werden." —

Der Zehnstundenkampf in Grimmitzschau. Das Vertrauen zu den Streikführern ist unerschüttert. In fünf stark besuchten Versammlungen am Freitag abend wurde das schloffe Verhalten der bürgerlichen Presse, die versucht hatte, die Arbeiter gegen die Führer aufzuheben, gebührend gebrandmarkt. Einmütig stehen die Arbeiter zu einander. Das Vertrauen zu den Führern ist unerschüttert. In den Versammlungen wurden ferner, um die Friedensliebe der Arbeiter zu dokumentieren, Beschlüsse gefasst, mit den Unternehmern in Verhandlungen einzutreten. Die Fabrikanten hatten beschließen, so lange von Verhandlungen abzuweichen, als die Anregung nicht von den Arbeitern selbst kommt. Es soll durch das Vorgehen der Arbeiter vor der ganzen Welt dokumentiert werden, daß nicht die Arbeiter es sind, an deren Starrsinn die Herbeiführung des Friedens scheitert. Es wurde in allen Versammlungen folgende Resolution angenommen:

„Die Versammelten bedauern es im Interesse der ganzen Einwohnerschaft lebhaft, daß die Bemühungen des Bürgermeisters, mit dem Fabrikantenverein eine Unterhandlung anzubahnen, an dem Starrsinn des letzteren gescheitert sind. Die Versammelten halten es nun aber um so mehr für ihre Pflicht, sich unter voller Aufrechterhaltung ihrer Forderungen für unbedingte Fortsetzung des Ausstandes zu erklären. Um aber zu zeigen, daß sie zu jeder Zeit bereit sind, mit den Unternehmern in Unterhandlungen einzutreten, wird der Vorstand des Textilarbeiterverbandes beauftragt, die Einleitung neuer Verhandlungen zu versuchen. Weiter weisen die Versammelten mit Enttäufung die Berunglimpfungen der Führer der Bewegung durch den „Grimmitzschauer Anzeiger“ zurück. Die Versammelten erklären auch, daß sie mit der bisherigen Tätigkeit der Lohnkommission vollständig einverstanden sind und sprechen derselben ihr volles Vertrauen aus. Sie erklären sich ebenfalls mit den bisher an Streikunterstützung gezahlten Sätzen nach Lage der Dinge vollkommen zufrieden.“ —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 8. September 1903.

— **Der Wahlrechtsraub,** den die städtischen Körperschaften gegen die Arbeiterklasse im vorigen Jahre durchgeführt haben, wird aufs neue durch eine jedoch vom Magistrat herausgegebene Statistik beleuchtet. Während im Jahre 1901, vor der Annahme des neuen Ortsstatuts, zur ersten Klasse 415, zur zweiten Klasse 3921 und zur dritten Klasse 34 594 Wähler gehörten, rechnen heute 370 Wähler zur ersten, 2874 zur zweiten und 35 638 zur dritten Abteilung. Im Jahre 1900 waren Wähler erster Abteilung 1,07 Prozent, 1902 nur noch 1,03 Prozent und 1903 sogar nur 0,95 Prozent. Im Jahre 1901 gehörten zur zweiten Klasse 10,07 Prozent, 1902 7,49 Prozent, während sich jetzt nur noch 7,39 Prozent zur zweiten Abteilung rechnen dürfen. Es gehörten zur dritten Abteilung 1901 88,86, 1902 91,48, 1903 91,66 Prozent. Die Zahl der Wähler der dritten Abteilung ist also beständig größer geworden. Erheblich weniger wie der zehnte Teil der Wähler ernimmt zwei Drittel der Stadtverordneten und beutet selbstständig die Gesamtheit aus.

In der Altstadt sank der Prozentatz der Wähler erster Abteilung in den letzten drei Jahren von 1,77 auf 1,62 und 1,47; in Sudenburg stieg er von 0,08 auf 0,09 und 0,19; in Neustadt stieg er von 0,27 auf 0,44, um in diesem Jahre wieder auf 0,26 zu sinken; in Budau stieg er von 0,55 auf 0,58 und 0,78.

Der Prozentatz der Wähler zweiter Abteilung sank in der Altstadt von 11,78 auf 8,93 und 8,87 Proz.; in Sudenburg von 6,49 auf 4,54 bzw. im letzten Jahre 4,95; in Neustadt von 7,94 auf 5,98 und 5,40; in Budau von 10,34 auf 7,24 bzw. im letzten Jahre 7,25. — Dementsprechend stieg der Prozentatz der Wähler dritter Abteilung. In Budau werden bei der diesjährigen Wahl je 40 Wähler der ersten Abteilung und je 372 der zweiten Klasse ebenso viele Stadtverordnete zu wählen haben wie 4716 Wähler der dritten Abteilung.

Im Jahre 1901 kam man in der Altstadt bei einer Steuerzahlung von 243,10 Mark in die zweite Abteilung, jetzt nur mit 390,62 Mark; in Sudenburg 1901 mit 189,63 Mark, jetzt erst mit 290,46 Mark; in Neustadt 1901 mit 151,82 Mark, jetzt erst mit 228,10 Mark; in Budau 1901 mit 94,94 Mark, jetzt erst mit 150,03 Mark.

Die Reichen allein verwalten die Stadt. Das war auch schon im Jahre 1901 der Fall; man versuchte aber der Arbeiterklasse und dem Mittelstande auch noch den Einfluß in der dritten Abteilung zu nehmen. Ungeklärt wollen die Besitzenden sich die Stadt dienstbar machen; in diesem Jahre wird die Bürgerschaft in Budau darauf die rechte Antwort zu erteilen haben: **Wir klagen an!** —

— **Sündenlohn oder nicht?** Unternehmernormale ist widerwärtig und brutal. Christliche Nächstenliebe ist dem Unternehmertum ein fremder Begriff. Wenn es den Arbeiter wie eine Zitrone auspreßt und ihn dann achlos beiseite tritt, findet es darin gar nichts Befonderes, weil das so üblich geworden ist. Die Achtung vor den grauen Haaren, die man stets dann predigt, wenn die grauen Haare auf den Schädeln beutegierter Kapitalisten sitzen — oder gefesselt haben — ignoriert man wie eine Forderung der Arbeiter. Wenn der Arbeiter alt geworden ist, mag er ins Armen- oder ins Tollenhaus gehen. Was kümmert's den Unternehmer?

Selten ist das so offen ausgesprochen worden, wie in einem uns vorliegenden Briefe der Firma: Werkzeug-Maschinenfabrik E. Hinz in Magdeburg-S. Ein dort beschäftigter 68-jähriger Arbeiter, der sich bei seinen Handlangerarbeiten schlecht und recht abradern mußte, erzählte einem hiesigen Beamten, daß er für seine Tätigkeit bei der Firma Hinz pro Woche ganze 9 bis 10 Mark Lohn erhalte. In gerechtem Jorn über eine solche miserable Entlohnung, gab der Beamte dem alten Arbeiter den Rat, doch für einen solchen „Sündenlohn“ nicht weiter zu arbeiten. Der Arbeiter aber, anstatt sich über das Mißgeschick zu freuen, überbringt in unverständlicher Verbildung diese doch gut gemeinte Neußerung des Beamten dem — Chef! Der natürlich war der Meinung, daß ihm bitternügt geschähen und daß eine Stelle mit 9 Mark Wochenlohn für

einen 68-jährigen grauhaarigen alten Mann eine Sineklure sei. Hinz legte er sich hin und schrieb dem Beamten folgenden fulminanten Brief: Heute erfuhr ich von dem Modellstecher S., daß Sie sich geduldet hätten, es wäre ein Sündenlohn, welchen er bekäme und sollte er nicht dafür arbeiten.

Nun möchte ich Sie fragen, wie Sie zu solcher Neußerung kommen, oder glauben Sie vielleicht, daß ein alter Arbeiter von 68 Jahren noch etwas arbeiten kann, ob er wohl den niedrigen Lohn, welchen er von mir bekam, verdient hat, oder ob ich das Geld zum Fenster hinausgeworfen habe.

Jedenfalls ist es zu empfehlen, wenn Sie sich nicht mit in eine solche Sache mischen würden.

Ich habe nur einem Geschäftsfreund den Gefallen getan und in Zukunft für eine solche Arbeitskraft, welche nicht in der Lage ist, für den gezahlten Lohn die Hälfte Arbeit zu leisten, danken werde; dann hat man mehr dafür.

Wenn der Mann mit seiner Invalidentenunterstützung nicht auskommt, dann mag er da hingehen, wo er früher gearbeitet hat und tun Sie auch besser, sich mit solchen Sachen nicht zu beschäftigen.

Hochachtungsvoll
Ppa. Firma E. Hinz.
!Rob. Hinz.

Der Brief spricht für sich. Da Herr Hinz den Lohn selbst einen niedrigen nennt, ist es jedem Leser freigestellt, sich über dieses Weibiel von Unternehmernormale seine eignen Gedanken zu machen. Ebenso wird jeder vernünftige Mensch die Frage, ob 9 Mark Lohn ein „Sündenlohn“ ist oder nicht, sehr klar beantworten können! —

— **„Maria von Magdala“ in Magdeburg.** Mit dem im preussischen Abgeordnetenhaus vielbesprochenen Stück Paul Heyse's „Maria von Magdala“ soll die diesjährige Saison des Stadt-Theaters am Sonnabend den 12. d. M. eröffnet werden. Das Stück ist bekanntlich bisher in ganz Preußen verboten. Das Zensurverbot in Berlin wurde vom Oberverwaltungsgericht leider ausdrücklich gebilligt. Jetzt berichtet die Direktion des hiesigen Stadt-Theaters auffallenderweise, daß das Werk in Magdeburg zur Ausführung gelangt. Wenn also keine Zwischenfälle eintreten, wird uns am Sonnabend Gelegenheit geboten werden, das bisher verbotene Stück, das in Hamburg, Bremen, Leipzig und Braunschweig bereits gegeben worden ist, zu sehen.

Die „Volksstimme“ hat eine längere Besprechung der Hamburger Aufführung seinerzeit veröffentlicht. —

— **Ueber den Tarifvertrag im Magdeburger Steinzeug-Gewerbe** wird uns geschrieben: Die Leser der „Volksstimme“ erinnern sich vielleicht noch der Debatte in der Stadtverordneten-Sitzung, wo Genosse Brandes mit Recht die Arbeitsverhältnisse und die Ausbeutung der Arbeiter in diesem Gewerbe geißelte. Der Vorfall liegt 1½ Jahre zurück und inzwischen war es nicht besser geworden. Die Organisation der Arbeiter war lange Zeit machtlos gegen die mißlichen Zustände; erst im vergangenen Frühjahr gelang es, eine Bewegung für tarifliche Festlegung zu initiieren, die letztlich mit einem vollen Erfolge der Arbeiter abschloß. Durch Verhandlung vor dem Einigungsamt wurde im letzten Teile des August d. J. der Tarif von Arbeitnehmern und Arbeitgebern anerkannt, und nunmehr glauben wir, daß Ordnung in die Arbeitsverhältnisse dieses Gewerbes kommen würde, da der größte Arbeitgeber, Herr Sadenthien, den Tarif vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts selbst unterzeichnete.

Zu unserm Bedauern müssen wir gestehen, daß wir uns in dieser Annahme getäuscht haben; denn kaum daß der Tarif in Kraft getreten ist, wird er in den wesentlichsten Punkten gebrochen, und zwar von keinem andern als Herrn Sadenthien selbst.

Als vor einigen Tagen die Tarifkommission der Steinzeuger bei diesem Herrn, der Obermeister der Innung ist, vorstellig wurde und verlangte, daß der Tarif auch in allen Teilen innegehalten werde, meinte der Herr ganz trocken: „Ja, wenn die Steinzeuger selbst den Tarif nicht wollen, dann brauche ich mich auch nicht daran zu kehren.“ Mit Verlaub, Herr Sadenthien! Die Steinzeuger sind der Meinung, daß die Sache zum Komödienspielen denn doch nicht angetan ist. Wir sind keine Marionetten, die sich nach Belieben aufziehen lassen, und wir haben keinerlei Neigung, in solch ernsten Dingen zu scherzen. Entweder der Tarif besteht und hat durch das gerichtliche Verfahren rechtsverbindliche Kraft erlangt — und diese Tatsache können Sie nicht leugnen. Gut! dann muß er nicht nur von den Gesellen, sondern auch, und zwar in erster Linie, von der Meisterschaft gehalten und ausgeführt werden. Oder aber er besteht insgesamtem für Sie nicht und dann ist das ein ganz schmöder Rechts- und Vertrauensbruch, der uns zwingt, Mittel zu suchen, die geeignet sind, gründlichste Remedur zu schaffen.

Wir sind mit dem Stadtrat Lüddemann der Meinung gewesen, daß gerade Herr Obermeister Sadenthien für strikte Durchführung der tariflichen Vereinbarungen eintreten würde. Wir durften dies nach seinem Verhalten in der Innungsversammlung erwarten. Um so größer war aber unser Erstaunen, als wir erfuhren, daß Sadenthien die Befreiung der Werkzeuge nicht tarifgemäß ausführte. Nachdem die Kommission am Sonntag vorstellig geworden war, ließ er — seinem gegebenen Versprechen zum Trotz — statt 9½ Stunden 10 Stunden arbeiten und statt der vereinbarten 1½stündigen Mittagspause durften seine Leute nur 1 Stunde Mittag machen. Die traurige Tatsache, daß der Sadenthienische Betrieb die relativ geringste Zahl organisierter Arbeiter aufweist, berechtigt den Herrn Sadenthien durchaus nicht zu diesem Kontraktbruch. Wenn ein Tarif überhaupt einen Sinn haben soll — und wir meinen, der Herr Obermeister Sadenthien ist viel zu verständig, um Unfälligkeiten zu machen — dann muß bei denjenigen, die ihn ausarbeiten und befolgen, auch die ernste Absicht vorhanden sein, das so Geschlossene praktisch durchzuführen. Herr Sadenthien, das wollen wir hiermit ein für allemal feststellen, hat aber den Tarif mit ausgearbeitet, er ist für dessen Annahme in der Innungsversammlung lebhaft eingetreten, er ist von Meister zu Meister gegangen und hat die

Anerkennung des Tarifs durch Unterfertigung vollziehen lassen, er hat die Verhandlung vor dem Einigungsamt namens der Meisterschaft geführt, und nun, nachdem er erreicht hat, für das er so lebhaft tätig war, ist er der ersten einer, der das Selbstgeschaffene vernichtet und dadurch die ganze Arbeit stört!

Was soll man davon halten? Aber vielleicht glauben die Herren Steinzeugmeister, die Organisation der Gesellen mangle der Kraft, den Tarif durchzuführen. Demgegenüber wollen wir bemerken, daß es verschiedene Wege gibt, die zum Ziele führen. Wir werden bei ferneren Verfassungen die Ursachen, die uns veranlaßten, den Abschluß des Tarifs zu fördern, in breiter Öffentlichkeit auf's deutlichste erörtern und dann mag sich die Magdeburger Einwohnerschaft ihr Urteil bilden darüber, in wessen Interesse die Beseitigung der mißlichen Arbeitsverhältnisse im Steinzeugerberufe liegt. Unsere Berufskollegen aber, die der Organisation fernstehen und jetzt die unwürdige Rolle eines Handlangers für die Unternehmerinteressen spielen, möchten wir fragen, ob ihnen nicht die Schamröte ins Gesicht steigt, angesichts der Tatsache, daß sie gegen ihre Interessen, nur um beim Meister Lieb Kind zu sein, den Tarif, der so horrende Besserungen bringt, fortgesetzt mißachten? b.

— **Herstellung von sieben Eisbrechern zum Schutz der Herrenkrugbrücke.** Gelegentlich des Eisgangs im vorigen Winter trat eine ernste Gefährdung der Soche der Herrenkrugbrücke ein. Um derartigen Vorfällen für die Zukunft vorzubeugen, ersucht in einer Vorlage der Magistrat die Stadtverordneten-Versammlung, sich mit der Herstellung von sieben Eisbrechern einverstanden zu erklären. Die einschläglichen Kosten betragen 29 316,70 Mark, die aus dem Brückenbaufonds entnommen werden können. Wenn die Herstellung der Eisbrecher gleich beim Bau der Brücke mit vorgesehen worden wäre, hätte sicher eine nicht unbedeutende Summe gespart werden können, da erfahrungsgemäß bei mittelmäßigem Wasserstand der Eisgang in der Alten Elbe stärker ist als in der Stromelbe. —

— **Die Magdeburger Herbstmesse,** die auch in diesem Jahre wieder das gewohnte Gepräge aufweisen wird, beginnt am Sonnabend den 19. September er. —

— **Völlig kopflos** scheinen die Arrangements der gestrigen Kaiserin-Spazierfahrt nach Vogelhang gewesen zu sein. Nicht weniger wie viermal nach einer Kontororder die andre, und das Publikum amüsierte sich köstlich darüber, wenn alle Stunden ein andres „Programm“ bekannt gegeben wurde. Wie kam das nur? Mit der „Volksstimme“ hatte man doch an diesem Tage keine „Last“. Oder? . . .

— **Unfug.** In der Nacht zum Montag, ½12 Uhr, fand Wächter des Magdeburger Bach- und Schließ-Instituts bei seinem Kontrollgang im Hohepostenpark zwei junge Leute im Alter von 20 Jahren schlafend; nachdem sie geweckt waren, zertrümmerten sie Flaschen und Gläser und nahmen Reißaus, wurden aber eingeholt und dem Polizeibehörde Breitenweg 87 übergeben. —

— **Ein Deckenbrand** entstand am Sonntag abend um 8 Uhr im Hause Siederstorft. 37. Die Hauptwache und die Wache Neustadt erschienen alsbald auf der Brandstätte und befristigten die Gefahr in kurzer Zeit. —

— **Herr Restaurateur August Lorenz,** in der Sudenburg, Friedensstraße 20, wohnhaft, teilt uns mit, daß der Streit, bei dem am Sonnabend abend der Arbeiter Horstmann von einer andern Person mit einem Messer verletzt wurde, nicht von seiner Wirtschaft ausgegangen ist. —

Letzte Nachrichten.

(„Herald“, Depeschen-Bureau.)

Belgrad, 8. September. Als erster Offizier der Belgrader Garnison wurde heute Oberleutnant Lonitzeweg, ehemaliger Ordennangsoffizier König Alexander, verhaftet. —

Sofia, 8. September. Nach hier eingetroffenen Meldungen ist Boris Sarajow, der Führer der aufständischen Bewegung in Makedonien, in der Nähe von Monastir infolge Verrats ermordet worden. —

Brünn, 8. September. Aus Anlaß einer sozialdemokratischen Arbeiterversammlung, in welcher gegen die Zurückhaltung der dritten Jahresklasse Stellung genommen wurde, fanden gestern abend Straßenemonstrationen statt. Es kam zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Polizei, die von der blanken Waffe Gebrauch machte. Auf beiden Seiten kam es zu Verwundungen; viele Verhaftungen wurden vorgenommen. —

Paris, 8. September. Die Verteilung der 10 Millionen Frank Unterstützung an die Opfer der Katastrophe auf Martinique ist noch immer nicht beendet. 6 Millionen bleiben noch zu verteilen. Die Blätter kritisieren diesen Zustand und sagen, bis die letzten Unterstützungen zur Verteilung gelangten, würden die Hilfsbedürftigen längst verstorben sein. —

Rome, 8. September. Auf dem Waldwege zwischen Agulfa-Zabozzo wurde der Buchhalter Adolf Schlesinger ermordet. —

Madrid, 8. September. In Spanien herrscht eine unerträgliche Hitze; in Sevilla schläft die ganze Bevölkerung auf offener Straße. Man berichtet über zahlreiche tödlich verlaufene Hitzschläge. —

Hannover, 8. September. (Eig. Draht.) In der Nacht vom Sonntag zum Montag ist der gesamte Silberbesatz des Königsulanen-Regiments Nr. 13 von Einbrechern, die offenbar mit den örtlichen Behörden vertraut waren, entwendet worden. Die gestohlenen 4000 Stücke bestanden zum Teil aus sehr wertvollen Geschenken des Königs und anderer Fürstlichkeiten. Die Täter, von denen jede Spur fehlt, vermutet man in jetzigen oder ehemaligen Regimentsangehörigen. —

Todesmarche.

Königsberg i. Pr., 8. September. (Eig. Draht.) Beim Wandern sind infolge Stipichlags 32 Mann erkrankt und 13 tot.

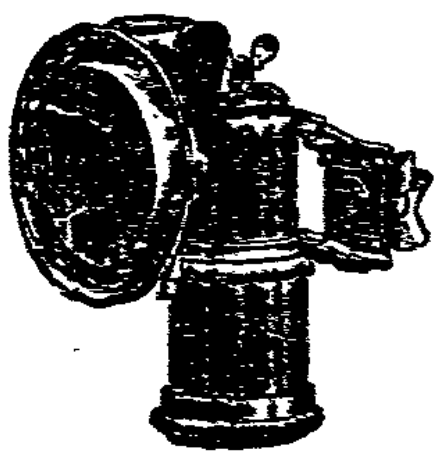
Preis-Kommission! Mittwoch abend pünktlich 8 Uhr Sitzung bei Albert Sater, Knochenhauerstraße 20.

Bei der jetzt früher eintretenden

Dunkelheit

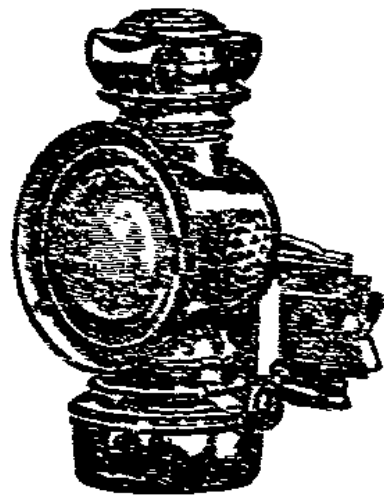
mache ich auf meine
reichhaltige Auswahl
in

Fahrrad-Laternen



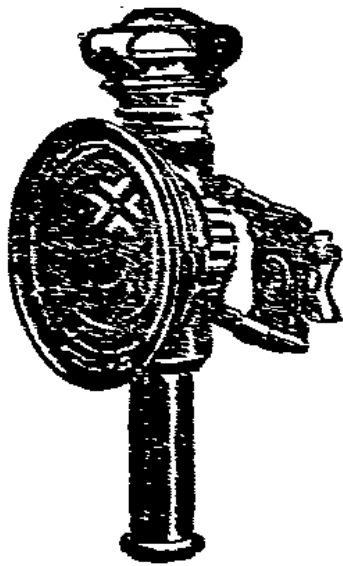
**Anerkannt beste
Acetylen-Laternen**

10 Modelle in der Preislage von
RM. 3.—, 4.—, 4.50, 5.50, 7.—,
7.50, 8.—, 9.—, 10.— vorrätig.



**Petroleum- oder
Öel-Laternen**

9 Modelle in der Preislage
von RM. 2.—, 3.—, 4.—, 4.50,
5.—, 6.—, 6.50 u. 7.— vorrätig.



Kerzen-Laternen,

2 Modelle, RM. 5.— und
RM. 6.—, vorrätig.

aufmerksam.

Sämtliche

Fahrrad-Zubehörteile!

wie

Glocken - Signal-Instrumente, Hand- u. Fuss-Luftpumpen,
Werkzeuge - Pedale - Gepäckträger - Sättel.

Prima Calcium-Carbid

ganz frische Ware

Höchste Gasausbeute!

per 1/2 Kilogramm	75 Pf.
per 1 Kilogramm	40 Pf.
per 120 Gramm	25 Pf.



Titania - Pneumatik

mit jeder Garantie als Ersatz-Reifen in Bezug auf Haltbarkeit nicht überbieten.
Die einzelne Laufröhre kostet RM. 6.—
Der einzelne Luftschläuch kostet RM. 4.—
Bei Anschaffung von 4-20 RM. in Rechnung werden ich die Schläuche gratis.
Preis geht von 28 x 1 1/2, 1 3/4, 1 1/2 oder 26 x 1 1/2, 1 3/4, 1 1/2 ab.

Sie ist eine neue Methode oder Möglichkeit **nehme ich in Zahlung**
eine alte ausgebrauchte Laufröhre mit 1.00 RM.,
einen alten ausgebrauchten Luftschläuch mit 75 Pf.

Garantierte Ware führe ich nicht

Decken

mit Schwebelöffeln

A. ROSE Magdeburg
Breiteweg 264.

Pfeil u. Original-Viktoria-
Nähmaschinen
Parade-, Panzer- u. Dürkopp-Fahrräder.

Zweig-
Geschäfte: Aschersleben, Markt 4
Bernburg, Lindenstrasse 9
Carg bei Magdeburg, Markt 20
Egeln, Breiteweg 47
Eisleben, Jüdenhof 1.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

bringt u. a. in Nr. 49 nachstehendes:

- Fr. Mehring, Bürgerliche Agonien.
- A. Bebel, Ein Nachwort zur Vizepräsidentenfrage und Verwandtem.
- K. Kautsky, Zum Parteitag.
- Therese Schlessinger Eckstein, Der internationale Sozialkongress zu Amsterdam und das Frauenwahlrecht.
- Literarische Rundschau.

Preis pro Nummer 25 Pfennig
einzeln zu haben in der

Buchhandlg. Volksstimme.

Städtische Arbeitsnachweisstelle Magdeburg

unentgeltlich

Kostenlose Vermittlung von männlichen und weiblichen Arbeit-
kräften, sowie feinerem Personal nach hier und auswärts.
Fernsprechanruf: Rathaus Nr. 2150-2155.

Geöffnet:

Männliche Abteilung: 8-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.
Weibliche 10-1 4-7
Männliche Abteilung: Fäßlochberg 13, Hof rechts.
Weibliche Abteilung: Bei der Hauptwache Nr. 5.

Gewerkschafts-Sekretariat Magdeburg.

Große Mühlstraße 1a.

Kostenlose Auskunft mittags von 12-1, abends von 5-7 Uhr
an organisierte Arbeiter in gewerblichen Streitigkeiten, Alters-
Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung, Gewerbeaufsicht, Vereins-
und Versammlungsrecht sowie Arbeiterschutz. Vermittlung von Be-
schwerden an den Gewerbe-Inspektor. — Verbandsbuch legitimiert.

Magdeburg, Zirkus-Gebäude.

Zirkus Drexler.

Donnerstag den 10. September 1903, abends 8 Uhr

Grosse Gala-Eröffnungs-Vorstellung

mit einem für Magdeburg gänzlich neuen Elite-Programm.

Die Non-plus-ultra-Meister-Dressuren vom Direktor W. Drexler.

Sensationell! Olympische Spiele! Sensationell!
Neu! Neu!

Großes Ausstattungsgeld mit Aufzügen, Evolutionen, etc. zu Fuß,
zu Pferde und zu Wagen in großartigen Kostümen mit Musik,
arrangiert und in Szene gesetzt von Direktor Drexler.
„Revue“ anlässlich der Anwesenheit des Kaisers Nero
in Rom.

Mit Hochachtungsvoll
W. Drexler, Direktor und alleiniger Eigentümer.
Alles Nähere durch Tageszettel.

Ausgetauschtes Haar kauft
Otto Schmidt, R., Ritterstr. 1b.

Das muß man von der
Naturheilkunde wissen?
Von Dr. med. E. Sturm.

1 Mark.
Guthandlung Volksstimme.

3 gute Paber für Hof sowie
Zinnpapier
gekauft 595
Reubar Andritstraße Nr. 21.

Walhalla

Jeden Abend
Große Spezialitäten-
Vorstellung.

Alois, alter Schwabe,
komm in meine Arme, fürchte keine
Ohrfeigen mehr!
Deine Nähe in Magdeburg.

Schönebeck.

Verband der Fabrik-, Land-,
Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen
Zahlstelle Schönebeck.
Dienstag, 8. Septbr., abends 8 Uhr
in Ehlerss Restaurant
Königsstraße 16 593

Mitglieder-Versammlung.
Kollegen! Da infolge der polizei-
lichen Auflösung der am Sonnabend
in der „Reichshalle“ stattgefundenen
Versammlung die Tagesordnung
nicht erledigt werden konnte, so er-
suchen wir um zahlreiches Erscheinen.
Die Bevollmächtigten.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein Magdeburg und Umgegend.

Versammlung

Donnerstag den 11. September, abends 8 Uhr,
in der „Bürgerhalle“, Knochenhauerstraße 27/28.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Kramer über „Die Entstehung der Sinnes-
werkzeuge“ 2. Einführung von Lesenden für das Winterhalbjahr
1903/04. 3. Wahl einer Schriftführerin. 4. Verschiedenes.
Gäste sind willkommen. Um zahlreiches Besuch bittet
Der Vorstand.

Oeffentliche Volksversammlung

Mittwoch den 9. September, abends 8 1/2 Uhr
in der „Krone“, Alte Renstadt, Moldenstraße 43/45.

Tages-Ordnung:

Die Lehren der letzten Reichstagswahlen unter Berücksichtigung
des geplanten Wahlrechtsraubs.

Referent: Reichstagsabgeordneter Grunoff **Albert Schmidt.**

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung erwartet sehr zahlreichen Besuch
Der Einberufer.

Standesamt.

Magdeburg, 7. September.

Todesfälle: Dittsch, L. des
Stuhlmachers Emil Stiel, 1 M. 5 J.
Wulfe, L. des Schiedsrichters
Karl Schröder, 1 M. 12 J. Hans,
S. des Schneidemeisters Wilhelm
Kaufert, 1 J. 6 M. 14 J. Frida
geb. Lorenz, Ehefrau des Eisen-
schaffners Karl Meyer, 29 J. 8 M.
Ema, L. des Schiffbauers Franz
Wille, 4 J. 6 M. 17 J. Franz
Jaensch, Kaufmann, 29 J. 7 M.
25 J.

Neustadt, 5. September.

Eheschließung: Maler Friedr.
Boigt gen. Braudt mit Berta Alte-
nan geb. Pabst.

Westerhfen.

Aufgebot: Eisenreher Hein-
rich Wilhelm Holze hier mit Ida
Emma Fromme zu Magdeburg-
Sudenburg.

Geburten: Ernst Heinrich, S.
des Badermeisters Herm. Harbordt,
Ernst Ludwig, S. des Glasmachers
Adolf Rödel. Ernst Rudolf, S. des
Sattlers Otto Kluge. Erich, S. des
Arbeiters Hermann Rade. Frida,
L. des Drehers Hermann Meyer.
Elisabeth Berta, L. des Hakenmachers
Ernst Beding. Willi August, S.
des Arbeiters August Uebe.

Todesfälle: Frida, L. des
Drehers Hermann Meyer, 1 J.

Uchtersleben.

Aufgebot: Arbeiter Hermann
Stade mit Minna Samel.

Geburten: S. des Arbeiters
Friedrich Brendt. S. des Arbeiters
Gottfried Linke. L. des Arbeiters
Franz Reer. L. des Arbeiters Otto
Kraus. L. des Zeitungsboten Karl
Weidenburg. L. unehelich.
Todesfälle: Schneiderin El-
beth Müller, unehelich, 18 J.
7 M. 7 J. Frida, L. des Lohn-
dieners Gustav Hoffmann, 1 M.
9 J.

Burg, 5. September.

Eheschließung: Weisgerber
Albert Otto Ehrhardt mit Anna
Marie Wulfe Bette hier.

Geurt: L. des Zimmerpoliers
Hermann Groß.

Vom 7. September.

Aufgebot: Arbeiter Friedrich
Gottlieb Nidel in Riegel mit Anna
Friederike Wastrau hier.

Geburten: S. des Maler-
meisters Willi Fink. S. des Mau-
rers Hermann Gohl. S. des Stuhl-
machers Hermann Vorchert. S.
unehelich. L. des Kaufmanns Mag
Badewitz. L. des Fabrikbesizers
Simon Projanker. L. des Eisen-
drehers Wilhelm Glogert.

Todesfälle: Arbeiter
Walter Schmidt, 56 J.
Müller, 1 M. Emma,
beizers Wilhelm Königskötter, 5 M.
Weisgerber Andreas Ruhn, 36 J.

Salbesstadt.

Vom 2. bis 4. September.

Aufgebote: Cand. min. Rektor
Erich Heine zu Magdeburg mit Martha
Hülke hier. Schlosser Friedrich Ernst
Schilling hier mit Selma Minna
Maur zu Gensleben. Arbeiter Anton
Niruschewski zu Poggendorf mit
Agnes Hulka zu Döbber. Hobel-
Friedrich Poplitz in Rudolstadt mit
Berta Beelitz hier. Arbeiter Paul
Jedrysiak zu Groß-Duenstedt mit
Margarete Jozgat zu Mahndorf.
Kgl. Gerichts-Meffior Paul Berg-
feld zu Dremessen mit Elisabeth Tent
hier. Prakt. Arzt Dr. med. Fried-
rich Schorn zu Hamborn mit Elisa-
beth Günther hier.

Geburten: L. des Steinmeß
Georg Dauseder. S. des Arbeiters
Karl Bergmann. S. des Sergeanten
Karl Kobilke. S. des Lokomotiv-
heizers Wilhelm Schulze. L. des
Arbeiters August Mohrbed. L. des
Furagehändlers Friedrich Barth.

Todesfälle: Otto, S. des
Schuhmachers Ferdinand Spieß,
5 M. 25 J. Ehefrau des Kaufm.
Leopold Cohn, Sarah geb. Niep-
mann aus New-York, 36 J. 7 M.
20 J. Minna, L. des Richters
Friedrich Schmidt, 11 J. 11 M.
18 J. Willi, S. des Bahnarbeiters
Karl Wege, 11 M. 2 J. Witwe
Höhe, Dorothee geb. Starke, 57 J.
4 M. 24 J. Eli, L. des Kellners
August Desterling, 1 M. 1 J.
Walter Hellvoigt, 7 M. 13 J.
Ludwig Garbinowitsch, 11 J. Land-
wirt Heinrich Landes aus Uchen-
stedt, 51 J. 3 M. 5 J. Fleisch-
warenhandler Wilhelm Höfle aus
Hamburg, 62 J. 10 M. 9 J.